

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

9

2012

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Es wird eng für
Union und FDP

UNTERNEHMEN

Firmen-Check
mit 10 Fragen

NEUES BUCH

Gertrud Höhler
„Die Patin“

Fünf Schritte
zu mehr Liquidität



Scan & Watch



Die Deutsche Post denkt wie Vodafone: Alles ist erreichbar.



Vodafone macht die Deutsche Post noch mobiler – mit innovativen Sprach- und Datenlösungen. Schalten auch Sie Ihr Business auf Erfolg.

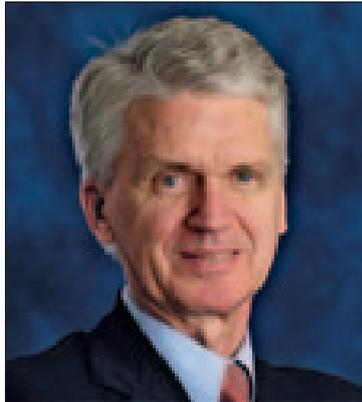
Kommunikation im Netz von morgen.

power to you

Ingo Bohlken
Chief Marketing Officer Brief
Deutsche Post AG



DIE UNION BRAUCHT DRINGEND WIEDER PROFIL



Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

Im nächsten Jahr stehen wichtige Landtagswahlen und die Bundestagswahl an. Nach aktuellen Umfragen kommen Union und FDP gerade einmal auf gut 40 Prozent, was für eine bürgerliche Koalitionsregierung im Bund nicht ausreichen wird. Als Alternative bliebe für die Union nur die große Koalition oder die Opposition. Wenn sie beides nicht

will, muss sie sich ernsthaft um ihre bürgerlichen Stammwähler bemühen, die von ihrer Partei enttäuscht sind.

Das äußere Bild, das die Union zurzeit, ist allerdings wenig überzeugend darstellt. Unbeeindruckt von Wahlschlägen besetzt die Union SPD-Themen und vermeidet auch ein zu den Grünen alternatives Profil.

Nur auf die Kanzlerin soll es ankommen. Dies hat allerdings bisher nicht geklappt und wird auch zukünftig nicht funktionieren. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen konkurrieren Parteien und nicht Personen miteinander. Und der Wähler entscheidet sich für die Partei, die seinem persönlichen Lebensentwurf am ehesten entspricht.

Wer will heute noch behaupten, dass die Union mit ihrer Politik und Programmatik das Lebensgefühl und den Wertekanon ihrer bürgerlichen Stammwähler trifft oder sich ihm annähert? Ist nicht genau das Gegenteil der Fall? Jüngste Beispiele:

Mindestlohn: Obwohl es einen vom Wirtschafts- und Arbeitnehmerflügel gemeinsam getragenen CDU-Parteitagebeschluss zum Mindestlohn gibt, der einen differenzierenden Mindestlohn vorsieht, wollen einige führende CDU-Politiker zusammen mit der SPD im Bundesrat einen einheitlichen Mindestlohn durchsetzen.

Spitzensteuersatz: Mehrere CDU-geführte Länder lassen deutliche Sympathie für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes erkennen, wie es die SPD auch fordert.

Energiewende: Nach dem visionären Auftakt sind es die technischen

Probleme, wirtschaftlichen Widersprüche und finanziellen Grenzen, die das Regierungshandeln heute bestimmen, ohne dass zu erkennen ist, ob wir am Ende in einem marktwirtschaftlichen oder einem planwirtschaftlichen System landen werden.

Eurorettung: Die Regierung hat zwar mit der Absage von Eurobonds eine rote

Linie gesetzt, innerhalb dieser Linie werden aber unter Bruch geltenden Rechts immer größere Garantien gegeben.

Rentenpaket: Mit dem Rentenpaket der Regierung kommen die Zuschussrente, d.h. die Rente ohne Beiträge, und die Pflichtversicherung für Selbstständige, wie sie auch die SPD im Programm hat.

In den letzten Jahren habe ich, auch an dieser Stelle, immer wieder darauf hingewiesen, dass die Union dabei ist, ihr Profil zu verlieren. Wo bleibt unsere Identität? Die Wahlergebnisse landauf, landab sprechen eine beredte Sprache. Auch wenn wir dachten, wir könnten nicht mehr tiefer fallen, gab es immer wieder Wahlergebnisse, die bisher nicht gekannte Tiefstände markieren. In den deutschen Großstädten ist die Union dabei, sich zu marginalisieren.

Eines lässt sich nicht mehr leugnen: Der konsequente Abschied von Werten und Prinzipien, die Praxis der situationsbedingten Entscheidungen und die Flüchtigkeit diverser Versprechungen haben sich als untaugliches Konzept erwiesen. Die bürgerlichen Wähler verweigern dieser Politik die Gefolgschaft.

Die Union sollte diesen Warnruf nicht überhören und das noch verbleibende Jahr nutzen, um an ihrem Profil zu arbeiten. Angesprochen sind dabei vor allem diejenigen, die nicht nur für die Politik, sondern hauptamtlich auch von der Politik leben. Schließlich ist es die Verantwortung aller, dafür zu sorgen, dass wir nicht immer mehr zu einer unentschlossenen, ziellosen und lethargischen Partei werden.

Neue
Weihnachtskarten



10%
auf den Kartenpreis
bei Bestellung bis
26.10.12

AUSSERGEWÖHNLICHE WEIHNACHTSKARTEN!

Überraschen Sie mit einer besonderen Karte und nutzen Sie Ihre Vorteile exklusiv für Leser vom Mittelstands Magazin.

Attraktive Weihnachtskarten auch mit Spendenanteil, kostenlose Kataloganforderung. Bei Bestellung bis 26.10.2012, 10% Frühbestellrabatt auf den Kartenpreis.

IHR GUTSCHEINCODE: MIT
Jetzt kostenlos Katalog anfordern:

Santa Verlag GmbH
Horber Str. 42
71083 Herrenberg
Tel. 07032/943944
Fax.: 07032/943945
info@santaverlag.de
santaverlag.de

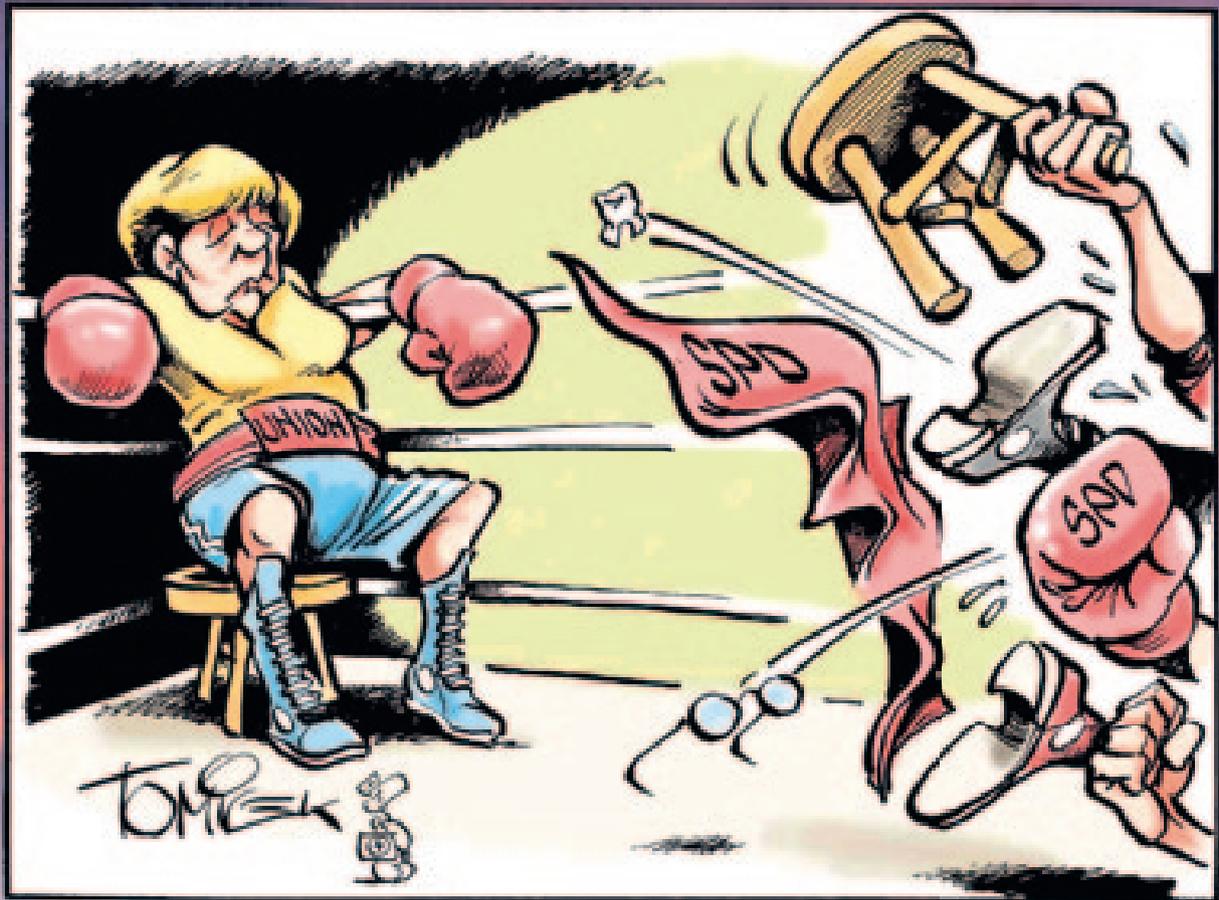
SANTA  VERLAG

www.santaverlag.de
und

Mittelstands
Magazin

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

Die Seite-4-Karikatur



KANDIDATEN-KÜR

Weisheiten

Man kann sein Leben nur bestreiten
im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Frei ist, wer so dann und wann,
das, was er will, auch machen kann.

Dem, der sich lossagt, winkt als Lohn
die Freiheit. Doch wer kann das schon?

Freiheit heißt vor allen Dingen:
Keiner kann den anderen zwingen.

Wer nichts bedarf, kein Wort, kein Brot,
ist unabhängig. Und wohl tot.

Bosheiten

Man hat so seine Ideale.
Der Markt ist es für Liberale.

Wer's weiß, hat meist recht schnell erkannt
des Marktes unsichtbare Hand.

Der Kommunismus ist nicht schlecht,
nur funktioniert er nicht so recht.

Ein Sozialist kämpft engagiert
für den Staat, den er regiert.

Geschichte wird oft nach Belieben,
gerne auch mal umgeschrieben.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

Sei dabei!

Als Förderer und Spender





POLITIK

UNTERNEHMEN

- 3 Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann sorgt sich mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 um das Profil der Union
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
... ergänzt um einige Weisheiten und Bosheiten aus dem wahren Leben
- 8 Für Union und FDP wird es eng**
Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, die wahrscheinlich am 15. oder 22. September 2013 stattfinden wird, lotet unser Autor Otto Bernhardt die Chancen der Parteien aus. Sein Tipp zum Ausgang: eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP
- 11 Gertrud Höhler und das „System M“**
Wir haben in dem neuen Buch „Die Patin“ der Politikberaterin geblättert und mit ihr darüber gesprochen, warum sie mit Angela Merkel abrechnet

- 12 In fünf Schritten zu mehr Liquidität**
Vielen mittelständischen Unternehmen fehlt es an Bargeld. Dabei ist es gar nicht so schwierig, über genügend Liquidität zu verfügen. Wir raten Ihnen, was Sie tun können
- 18 Der Unternehmenscheck in zehn Fragen**
Wer die Wettbewerbsfähigkeit seines Unternehmens überprüfen möchte, muss sich vor allem die richtigen Fragen stellen. Wir sagen Ihnen, auf welche es ankommt und geben auch gleich die Antworten



IHRE UNTERSCHRIFT RETTET LEBEN.

Mit 75 Euro können wir zum Beispiel 150 an Malaria erkrankte Kinder behandeln. Malaria ist eine der fünf häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren in Krisengebieten.

Zahlungsempfänger: **ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**
 Konto-Nr. des Zahlungsempfängers: **9 7 0 9 7** BIC: **3 7 0 2 0 5 0 0**
BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT
STICHWORT WELTWEIT

IHRE SPENDE HILFT UNS, SCHNELL ZU HELFEN. WELTWEIT. DANKE!



MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
 Träger des Friedensnobelpreises
www.aerzte-ohne-grenzen.de

Das erwarten Betriebe von Ausbildungsbewerbern

Die wichtigsten, für alle Ausbildungsberufe zwingend erforderlichen Merkmale
 Expertenbefragung, Nennungen jeweils in %



Quelle: BIB

117 0712



18

SERVICE

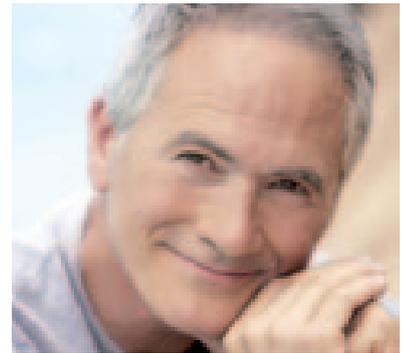
- 20 Die Reha ist ein Rentenretter**
Klinikunternehmer Wolfgang Spang plädiert für eine Budgeterhöhung für Reha-Maßnahmen, weil sie als Investition in die Wiederherstellung der Arbeitskraft den Eintritt ins Rentenalter hinausschieben
- 21 Für Sie gelesen**
... unsere Bücherseite
- 22 AUTO-TEST**
Diesmal stellen wir Ihnen das Infiniti G37 Coupé und das VW CC V6 Coupé vor
- 24 Aktuelle Urteile**
- 25 Recht im Gespräch**



22

MIT-INSIDE

- 26 Was wird aus der PKV?**
Interview mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, MdB
- 27 MU-Inside**
- 29 MIT-Inside**
- 31 Willkommen in der MIT**
Aktive Mitglieder-Werber stellen ihre Konzepte vor
- 32 Namen sind Nachrichten**
- 34 Baustelle Berlin**
- 34 Impressum**



„Dank der Hilfe des WEISSEN RINGS kann ich wieder lachen.“
Michael M.

Wir helfen Kriminalitätsoffern!

Helfen Sie uns helfen!

Spendenkonto 34 34 34
Deutsche Bank Mainz
BLZ 550 700 40

Auch ich/wir wollen etwas tun. Ich/wir möchten gerne Mitglied im WEISSEN RING werden. (Monatlicher Mindestbeitrag € 2,50, Ehepaare € 3,75, Jugendliche € 1,25.)

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Unterschrift: _____

WEISSER RING e. V.
 Weberstraße 16
 55130 Mainz
www.weisser-ring.de



Gefräßiger Krake GEZ

Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) der öffentlich-rechtlichen Hörfunk- und TV-Sender hat im Jahr 2011 rund 7,5 Milliarden Gebühren kassiert und auf die einzelnen Anstalten verteilt (siehe Grafik). Die volle Rundfunkgebühr beträgt zur Zeit 17,98 Euro. Ab 2013 wird aus der „Rundfunkgebühr“ eine „Haushaltsabgabe“ und aus der „GEZ“ der „ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice“ – ja, Sie haben richtig gelesen „Beitragsservice“! Ehrlicher wäre wohl der Begriff „Rundfunksteuer“.



Foto: dpa picture alliance

Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, als Spitzenkandidatin wünschen.

Bündnis 90/Die Grünen

Bei den letzten Bundestagswahlen erzielten die Grünen 10,7 Prozent. Im Gefolge des Reaktorunglücks in Japan erzielten die Grünen in Meinungsumfragen bundesweit teilweise mehr als 20 Prozent. Inzwischen liegen die Grünen bundesweit bei ca. 12 Prozent und sind damit zurzeit eindeutig die Nummer 3 unter den deutschen Parteien.

FDP

Die FDP verlor unmittelbar nach ihrem größten Wählerfolg in ihrer Geschichte bei den letzten Bundestagswahlen (14,6 Prozent) bundesweit an Sympathie, verfehlte bei anschließenden Landtagswahlen den Einzug in mehrere Landesparlamente. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen lag sie allerdings wieder deutlich über fünf Prozent (8,2 bzw. 8,6 Prozent). Ob Trendwende oder Strohfeuer, bleibt abzuwarten. Zurzeit liegt die FDP in allen Meinungsumfragen um 5 Prozent.

Die Linke

Bei den letzten Bundestagswahlen erreichte die Linke 11,9 Prozent. Ihr Bild in der Öffentlichkeit wurde damals von Oscar Lafontaine und Gregor Gysi geprägt. Inzwischen hat die Linke wegen ihrer personellen Auseinandersetzungen den Einzug in mehrere westdeutsche Landesparlamente verfehlt. Ihre neue Führung ist wenig bekannt und verfügt über keine große Ausstrahlungskraft. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Linke, die zurzeit bei rd. sieben Prozent liegt, auch im nächsten Bundestag vertreten sein wird.

Die Piraten

Nach ihrem Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011 mit einem Ergebnis von 8,9 Prozent und dem Einzug in die Landesparlamente von Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen muss davon ausgegangen werden, dass auch die Piraten im nächsten Bundestag vertreten sein werden. Ihr Stimmenanteil liegt in allen Umfragen deutlich über fünf, teilweise bis zehn Prozent. Auch die Piraten dürften, wie die Die Linke, für eine Regierungsbildung zurzeit nicht in Frage kommen.

Für Union und FDP wird es eng

EIN JAHR VOR DER BUNDESTAGSWAHL – EINE ANALYSE

Für diese Partnerschaft wird's zunehmend eng: Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Vizekanzler Philipp Rösler (FDP) sind ein Jahr vor der Bundestagswahl von einer Mehrheit im Deutschen Bundestag weit entfernt

Von Otto Bernhardt

Aktuelle Situation der politischen Parteien in Deutschland

CDU/CSU

Die Union liegt in allen Meinungsumfragen seit den letzten Bundestagswahlen 2009 einige Prozente vor den Sozialdemokraten und im Wesentlichen in der Nähe ihres letzten Bundestagswahlergebnisses von 34 Prozent. Von den großen Stimmenverlusten der FDP seit den letzten Bundestagswahlen konnte die Union nicht profitieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die unangefochtene Nummer 1 in der Union und über viele Monate in allen Umfragen die populärste deutsche Politikerin. Ihre Popularität konnte sie aber nur begrenzt auf die Zustimmung zur Union übertragen. In Europa

wirkt die Bundeskanzlerin zunehmend isoliert, ihre Politik häufig als „erratisch“ beschrieben.

SPD

Die SPD konnte sich relativ schnell von ihrem schlechtesten Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bei den letzten Bundestagswahlen von nur 23 Prozent erholen. Ihr Stimmenanteil liegt in allen aktuellen Umfragen um die 30 Prozent. Die ungeklärte Kanzlerkandidatenfrage ist für die SPD zurzeit ein Problem. Alle drei zur Diskussion stehenden Kandidaten haben ein Verliererimage. In der Popularität liegen Steinmeier und Steinbrück etwa gleich auf, während die Werte für Gabriel deutlich schlechter sind. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass viele Sozialdemokraten sich die Siegerin der Landtagswahlen in

Splitterparteien

Neben den oben genannten sechs Parteien hat zurzeit keine weitere politische Gruppierung eine Chance, die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl zu überschreiten.

Koalitionsmöglichkeiten

CDU/CSU/FDP

Die bisherige Regierungskoalition hat nach dem jetzigen Stand der Erkenntnis keine Chance, bei den nächsten Bundestagswahlen erneut eine Mehrheit zu erringen. Beide Parteien werden wohl mit dem Ziel „Fortsetzung der Regierungskoalition“ im Wahlkampf operieren, wohl wissend, dass es dafür zurzeit keine Mehrheit gibt. Die Union hat absehbar keine Chance, die 40-Prozent-Grenze zu erreichen. Ebenso wenig scheint die FDP in der Lage, an zehn Prozent heranzukommen.

SPD/Grüne

Bis zum Herbst des vergangenen Jahres gingen fast alle Beobachter davon aus, dass es bei den nächsten Bundestagswahlen zu einer rot-grünen Koalition kommt. Mit dem Einzug der Piraten in das Berliner Abgeordnetenhaus und der Stabilisierung der Piraten bei den folgenden Landtagswahlen

spricht zurzeit Vieles dafür, dass rot-grün keine Mehrheit im nächsten Bundestag erhält.

CDU/CSU/SPD

Zahlreiche Kommentatoren nennen dies die Wunschkonstellation von Frau Merkel. Aufgrund ihrer guten Erfahrungen mit der großen Koalition in der letzten Legislaturperiode, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der internationalen Finanzkrise, halten viele Deutsche eine große Koalition in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie heute durchaus für eine sachgerechte Lösung.

Viele Sozialdemokraten hegen aus nachvollziehbaren Gründen Vorbehalte gegen eine große Koalition, in der sie als Juniorpartner mit Stimmeneinbußen rechnen müssten. Auch in der Union gibt es Widerstände gegen eine Koalition mit der SPD wegen der befürchteten Zugeständnisse im Finanz-, Arbeits- und Wirtschaftsbereich (Sozialdemokratisierung der Union).

CDU/CSU/Grüne

Rein rechnerisch dürfte eine schwarz-grüne Koalition mehr Chancen haben, eine Mehrheit im Bundestag zu bekommen als rot-grün, weil die Union zurzeit einige Punkte vor den Sozialdemokraten liegt.

Dennoch erscheint diese Konstellation eher unwahrscheinlich, weil es weder bei den Grünen noch bei der Union eine starke Bereitschaft für eine solche Konstellation auf Bundesebene gibt. Zu unterschiedlich sind die Vorstellungen beider Parteien zu Kernpunkten der Politik.

SPD/Grüne/FDP

Nach den für die FDP noch so gerade erfolgreichen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen wird eine solche politische Konstellation immer wahrscheinlicher.

Für die FDP wäre sie zurzeit die einzige Möglichkeit, um mit zu regieren, und für die SPD die einzige Möglichkeit, den Kanzler zu stellen, wenn wir einmal davon ausgehen, dass weder die Linke noch die Piraten zurzeit regierungsfähig oder –willig sind. Die programmatischen Unterschiede, insbesondere zwischen den Grünen und der FDP, sind zwar relativ groß, dennoch könnten sie aus machtpolitischen Gründen überbrückt werden. Einiges spricht inzwischen dafür, dass die FDP im Wahlkampf zwar betont, eine Mehrheit mit der Union anzustreben, falls diese Konstellation aber keine Mehrheit erhält, in eine rot-grüne Koalition eintreten würde, um „Schlimmeres“ zu verhindern. Eine solche Haltung könnte durchaus dazu führen, dass manche bürgerlichen Wähler ihre Erststimme der Union und ihre Zweitstimme der FDP geben würden. FDP-Querdenker Kubicki äußerte sich bereits in diese Richtung.

Foto: Pitopia



Um Schlimmeres zu verhindern könnten viele bürgerliche Wähler bei der nächsten Bundestagswahl mit ihrer Erststimme CDU und mit der Zweitstimme FDP wählen. Das Ergebnis wäre eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP

Mögliche Folgen für den politischen Entscheidungsprozess

Stärkere Beteiligung der sogenannten „Reichen“ am Steueraufkommen

Hierfür werden im Wesentlichen drei Instrumente genannt: Erhöhung der Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer und deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer. In einer rot-grünen Koalition dürften alle drei Instrumente eingesetzt werden. In einer rot-grün-gelben Koalition könnte die FDP voraussichtlich die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer verhindern, nicht aber eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes.

Krankenversicherung

Die Erhaltung des dualen Systems in der Krankenversicherung – gesetzliche Krankenkasse und private Krankenkasse – ist in der laufenden Legislaturperiode im Wesentlichen der FDP zu verdanken. Mehrheitlich bekennt sich zwar auch die Union zu diesem System, es gibt aber eine ernst zu nehmende Minderheit, die für eine Bürgerversicherung plädiert, und die Bereitschaft für das bestehende System zu „kämpfen“ ist eher als mäßig zu bezeichnen. Ob die FDP in einer rot-grünen Koalition ihre Position für die Erhaltung der PKV durchsetzen könnte, bleibt fraglich.

Eurorettung

SPD und Grüne treten seit Jahren dafür ein, unter strengen Auflagen Eurobonds einzuführen. Inzwischen gibt es aber bereits umfassende Instrumente, um Euroländern, die sich nicht zu vertretbaren Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren können, zu helfen. All diese Instrumente sind eine verdeckte Form des Eurobonds, weil sie auf eine Vergemeinschaftung der nationalen Schulden hinaus laufen. Die FDP ist bekanntlich strikt gegen Entwicklungen in dieser Richtung und die Union mit deutlicher Mehrheit. Bei einer rot-grünen Koalition dürfte es relativ schnell auf europäischer Ebene zu Eurobonds kommen. Wie weit die FDP im Rahmen einer SPD/Grünen/FDP-Koalition dies verhindern könnte, bleibt abzuwarten.

Steuergesetzgebung

Neben den oben genannten Instrumenten dürften in einer anderen politischen Konstellation als zurzeit insbesondere folgende Punkte wieder auf die Tagesordnung kommen:

Abgeltungssteuer

Die Abgeltungssteuer, die die große Koalition eingeführt hat und die international vorherrschend ist, führt bekanntlich dazu, dass Kapitaleinnahmen für viele Steuerpflichtige geringer besteuert werden als Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit. Dieser Tatbestand wird von allen im Bundestag

vertretenen Parteien mit Ausnahme von CDU/CSU und FDP kritisiert und dürfte bei anderen politischen Konstellationen dazu führen, dass Kapitaleinnahmen wieder mit dem individuellen Steuersatz des Steuerpflichtigen versteuert werden.

Besteuerung von Dienstwagen

Deren Besteuerung wird in der Regel durch die sogenannte Ein-Prozent-Lösung für die private Nutzung abgegolten. Vielen Sozialdemokraten und Grünen ist diese als Dienstwagen-Privileg bezeichnete Regelung ein Dorn im Auge. Eine rot-grüne Koalition würde diese Regelung trotz der zu erwartenden großen Proteste der Autoindustrie und der Betroffenen wohl abschaffen. Der FDP könnte es in einer entsprechenden Konstellation gelingen, vielleicht die Abschaffung, nicht aber eine deutliche Verteuerung für die Betroffenen zu verhindern.



Otto Bernhardt war bis 2009 CDU-MdB und finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Der in Berlin ansässige Politik- und Unternehmensberater ist Mitglied der MIT

Wie viel kann ein Kind ertragen?

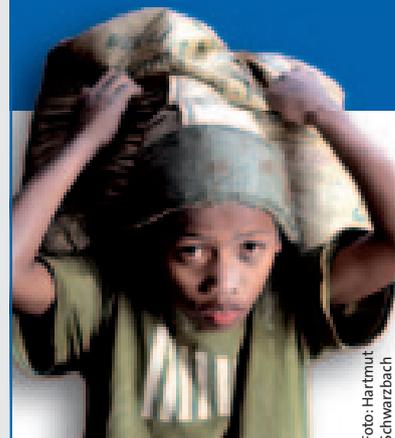


Foto: Hartmut Schwarzbach

Viele Kinder in den ärmsten Ländern der Welt leiden unter Armut und Ausbeutung. Werden Sie Kindernothilfe-Pate und schenken Sie Ihrem Patenkind Zukunft – durch Bildung, Gesundheit und Stärkung seiner Familie.

Rufen Sie uns an – wir informieren Sie gern näher über das Thema Patenschaft:

0203.7789-111

www.kindernothilfe.de

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft • Empfohlen

**KINDER
NOT
HILFE**



Ja, ich interessiere mich für eine Patenschaft!

Bitte schicken Sie mir einen unverbindlichen Vorschlag für ein Patenkind.

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Kindernothilfe e.V.
Düsseldorfer Landstraße 180
47249 Duisburg
www.kindernothilfe.de

MACHTERHALT STATT PARTEIENVIELFALT?

Gertrud Höhler und ihr neues Buch „Die Patin“

„Für die deutsche Kanzlerin hat sich die Abstinenz gegenüber Ideen und Visionen als Karriere-Treibratz erwiesen. In Deutschland kann man seit der Einigung an die Spitze rücken, wenn man als Asket an allen Vorgaben vorbeizieht: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens“, schreibt Gertrud Höhler auf der letzten Seite ihres soeben erschienenen Buches „Die Patin“ über das „System M“. Im Mittelpunkt ihrer Streitschrift steht die Frage „Ist Deutschland auf dem Weg zu einer Einheitspartei?“ Eine Frage, die auch viele Menschen im Mittelstand umtreibt und die sich ungerne als unmodern und als von Gestern bezeichnen lassen, nur weil sie noch an Werte glauben.

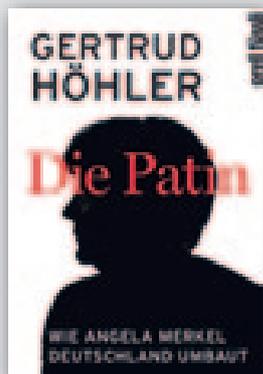
Genau dafür, für bestimmte Werte, so eine der Thesen der Autorin, steht Angela Merkel nicht und als glaubwürdigen Zeugen zitiert sie Bundespräsident Gauck: „Ich respektiere sie (A. Merkel, die Red.), aber ich kann sie nicht richtig erkennen.“ Nach Höhler beruht der Erfolg von Angela Merkel im Westen der Republik „auf diesem Mix von Werteabstinenz und Wertetradition, der sich zwischen ihrer Machtphilosophie und der CDU-Tradition ergab. Was Merkel stark macht, ist ihre Werte-Immunität.“ Und weiter: „Nur der Machtwille Angela Merkels ist verantwortlich für ihre Zitate aus den Glaubenssätzen der West-CDU, der sozialen Marktwirtschaft. Immer, wenn sie diese Vokabeln in ihre Reden einstreut, klingen sie auswendig gelernt. Dennoch ist ihr dankbarer Beifall sicher: Vielleicht, so die Hoffnung der Parteifunktionäre, kommt die neue Herrin doch noch in der Wertelandschaft an, wo sich alle auskennen.“

Das Thema „Merkel und ihr Verhältnis zum Parteiensystem und der CDU im Speziellen“ nimmt in Höhler's Buch breiten Raum ein: „War die CDU jemals ihre eigene Partei gewesen? Schließlich hatte ... der aufstrebenden

Vorsitzenden schon Jahre zuvor die Erkenntnis gebracht, dass die CDU-Werte für ihren persönlichen Durchbruchplan eine Fremdsprache bleiben würden.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Die Bürger wissen es schon, ohne darüber zu reden: Merkel und die CDU sind zwei verschiedene Welten. Wenn sie die CDU bewerten, dann ist das nicht die ‚Merkel-Partei‘, sagen viele im Land. Wie lange wird es dauern, bis immer weniger Deutsche wissen, welcher Partei diese Kanzlerin angehört? ‚Ich bin keine Konservative‘, jene Vorwahlbotschaft (aus dem Jahre 2009, die Red.) war ein Distanzierungsvotum in Richtung CDU.“

Bei ihrem Versuch, das „System M“ zu dechiffrieren, widmet sich Gertrud Höhler ausführlich der Entmachtung und Austauschbarkeit von Parteien: „Für die Kanzlerin ist schon längst nicht mehr relevant, mit welcher Partei sie an die Spitze der Regierung gelangt; ihr Nachhaltigkeitskonzept für ihre Politikkarriere ist die schleichende Entmachtung der übrigen Parteien. Es geht um einen lautlosen Umsturz in Richtung Allparteien-Regierung – häufig, wie im Ressort Familienpolitik, mit SPD-Bekanntnissen von CDU-Darstellern wie Ursula von der Leyen.“

Günter F. Kohl



Die Patin

Wie Angela Merkel Deutschland umbaut
ca. 300 S. 21,95 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05480-2
Erschienen am 24.8.2012

„Werden die Fäuste aus den Taschen kommen?“

Exklusiv-Interview mit Gertrud Höhler

Streckenweise liest sich Ihr Buch wie eine „Abrechnung“. Ist es eine?

Gertrud Höhler: In den ersten Jahren ihrer CDU-Karriere startete Angela Merkel eine „Testfahrt im CDU-Themenpark“, wie ich es nenne, die durchaus den Charakter einer „Abrechnung“ mit traditionellen Positionen der CDU hatte. Auch Personen erfasste diese Abrechnung: Friedrich Merz war der erste, der entmachtet wurde. Viele andere folgten. Was da vorging, nenne ich „Die Starken gehen, die Schwachen bleiben.“

Wie charakterisieren Sie „Merkels neues Deutschland“, wie Sie es nennen?

Höhler: Das neue Deutschland wird, wenn die Reise mit dem System M weiter geht, ein Land ohne politischen Wettbewerb sein, weil die Parteien ihr Profil verlieren. Nach der Energiewirtschaft werden weitere Sektoren des wirtschaftlichen Wettbewerbs unter immer mehr Staat erstarren. Der Exodus marktwirtschaftlich orientierter Unternehmen hat begonnen – siehe Shell.

Sie attestieren der Kanzlerin „Werteimmunität“. Hat sie denn überhaupt keinen inneren Kompass?

Höhler: Für Angela Merkel sind Werte gleichgestellt mit anderen Instrumenten des Machterhalts. Merkels Umgang mit Gesetzen zeigt, dass sie Werte und Normen für verfügbar hält. Die sogenannte Energiewende inszenierte die Kanzlerin als autoritäre Regentin, die über dem Recht steht: Weder das Aktienrecht noch der Verfassungswert Eigentum konnte sie aufhalten. Und erstaunlich genug: Es gab und gibt keinen Aufstand gegen die Willkür, mit der dieses Husarenstück durchgeführt wurde.

Wie geht es weiter?

Höhler: Darum können wir nicht wissen, wie es weitergeht. Werden die Fäuste aus den Taschen kommen?



Foto: Benno Kraehah

Prof. Dr. Gertrud Höhler ist Literaturwissenschaftlerin, Publizistin und Beraterin für Wirtschaft und Politik. Sie lebt in Berlin und in der Nähe von Zürich

Leasing Schweine



Foto: dpa picture alliance

Sogar Schweine, Hühner und Weinreben kann man leasen und dabei durch höhere Liquidität seinen finanziellen Handlungsspielraum erweitern



In 5 Schritten zu mehr Liquidität

Von Silke Becker

Ein sattes Plus auf der Bank sorgt bekanntlich für ruhige Nächte. Doch die Realität sieht leider oft anders aus: Trotz dicker Umsätze dümpelt das Guthaben trübe vor sich hin. Wenige einfache Maßnahmen, konsequent umgesetzt, sorgen dafür, dass der Blick auf den Kontoauszug wieder zum freudigen Ereignis wird.

„Viele Unternehmer kennen das Problem, dass trotz guter Gewinne das Geld immer knapp ist“, so die Erfahrung von Doris Andresen-Zöphel, Inhaberin der *planvoll controllingberatung* in Hamburg. Ständige finanzielle Zitterpartien sind allerdings nicht nur eine Belastung für das eigene Nervenkostüm. Bei AGs und GmbHs ist eine ausreichende Liquidität für die nächsten drei Wochen bekanntlich gesetzliche Pflicht, ansonsten drohen Zwangsinsolvenz und Strafverfahren wegen Insolvenzverschleppung. Allerdings rät Doris Andresen-Zöphel allen Unternehmen unabhängig von der Rechtsform, immer mindestens so viel Geld auf dem Konto zu haben, dass in den nächsten drei Wochen alle anstehenden Rechnungen bezahlt werden können. Und das ist kein Hexenwerk. „Man kann viel für eine höhere Liquidität tun. Die einzelnen Maßnahmen sind nicht unbedingt neu, das Problem liegt vielmehr in ihrer konsequenten Umsetzung“, so die Expertin.

Geldquelle Nr. 1: Forderungsmanagement

„Viele Unternehmer haben die Zeitspanne von der Rechnungsstellung bis zum tatsächlichen Zahlungseingang nicht ausreichend auf dem Schirm“, so die Erfahrung von Doris Andresen-Zöphel. „Entscheidend ist jedoch nicht der von der Buchhaltung ausgewiesene Gewinn, sondern wann das Geld auf dem Konto ist.“ Leider sorgen eine immer schlechtere Zahlungsmoral und das systematische Ausnutzen von Zahlungszielen nicht unbedingt für rasche Geldeingänge. „Ein konsequentes Forderungsmanagement trägt erheblich dazu bei, diese Zeitspanne so kurz wie möglich zu halten. Außerdem wird das Risiko

„Was nützt ein Kunde dem Unternehmen, wenn er nur Arbeit und Kosten verursacht, aber nicht zahlt?“

eines Zahlungsausfalls minimiert“, so die Expertin. Viele Unternehmer haben allerdings Angst, durch das systematische Eintreiben fälliger Rechnungen Kunden zu verlieren. Doris Andresen-Zöphel sieht es so: „Was nützt ein Kunde dem Unternehmen, wenn er nur Arbeit und Kosten verursacht, aber nicht zahlt?“

Ein häufiger Fehler in vielen Firmen: „Das Forderungsmanagement läuft unsystematisch nebenher“, so die Erfahrung der Expertin aus der täglichen Beratungspraxis. Niemand ist richtig zuständig, das Thema gilt als Chefsache, doch dem Unternehmer selbst fehlt die Zeit, sich ausreichend darum zu kümmern. Die Folge: Mahnungen bleiben liegen oder werden nicht ausreichend dokumentiert, der Informationsfluss stockt, niemand weiß, was abgesprochen ist. „Man braucht feste Zuständigkeiten und einen regelmäßigen Ablauf, beispielsweise eine tägliche oder wöchentliche Überprüfung der Zahlungseingänge“, erklärt die Controllerin. Wenn man es selbst nicht schafft, sollte man diese Arbeiten delegieren. Denn nur, wenn der Rechnungsscheck zur regelmäßigen Routine gehört, erkennt man ausstehende Zahlungen früh genug und kann rechtzeitig agieren.

Um überfällige Rechnungen einzutreiben, empfiehlt Doris Andresen-Zöphel ein abgestuftes Vorgehen. Der erste Schritt sollte ein Anruf beim Auftraggeber sein. Ansprechpartner ist derjenige, der den Auftrag erteilt hat. Das kostet zwar manchmal ein wenig Überwindung, ist aber oft weniger schlimm als man denkt. Die Expertin rät, in dieses Gespräch zunächst offen einzusteigen, also nicht „Ich warte schon drei Wochen auf mein Geld!“ sondern beispielsweise „Haben Sie meine Rechnung überhaupt erhalten?“ Manchmal ist die Rechnung ja schlicht nur untergegangen. „Im persönlichen Kontakt merkt man meist schnell, ob nur ein Versehen vorliegt oder ob es Probleme bei der Zahlungswilligkeit oder sogar der Zahlungsfähigkeit gibt“, so die Erfahrung der Controllerin.

Kommt nach diesem Gespräch kein Geld, sollte man nochmals direkt bei der Buchhaltung nachhaken. Kommt dann immer noch nichts, geht die erste Mahnung mit einer engen Fristsetzung von etwa einer Woche raus. Reicht das nicht, schickt man eine zweite Mahnung, in der man ankündigt, die Angelegenheit bei Nichtzahlung einem Anwalt zu übergeben. Vorsicht! Damit man bei einem eventuellen Gerichtsverfahren nicht auf seinen eigenen Anwaltskosten sitzen bleibt, muss dieses Schreiben juristisch korrekt formuliert sein. Deshalb sollte man sich beim ersten Mal anwaltlich beraten lassen, wie man einen solchen Mahnbrief aufsetzt.

Geldquelle Nr. 2: Bonitätsprüfung

Viele Probleme mit zahlungsunwilligen Kunden lassen sich allerdings schon im Vorfeld vermeiden. „Oft wird die Bonität neuer Kunden nicht ausreichend geprüft“, so Doris Andresen-Zöphel. Bei kleinen Unternehmen ist eine Internet-Recherche oft aufschlussreich, bei großen helfen die üblichen Auskunftsteien wie Bürgel oder Creditreform. Andresen-Zöphel rät außerdem, bei veröffentlichungspflichtigen Unternehmen einen Blick in die Jahresabschlüsse zu werfen, die es kostenlos oder gegen geringe Gebühr im Internet unter www.unternehmensregister.de gibt.

„Oft wird die Bonität neuer Kunden nicht ausreichend geprüft“

„Ist jemand erst einmal in puncto Zahlungsmoral negativ aufgefallen, sollte man die Zahlungsmodalitäten für diesen Kunden anpassen“, empfiehlt die Controllerin. „Diese einfache, aber effektive Maßnahme wird viel zu wenig beachtet.“ Möglichkeiten wären beispielsweise, nur noch gegen Vorkasse, oder Abschlagszahlung tätig zu werden. Wird die vereinbarte Rate nicht gezahlt, stellt man die Arbeit bis auf weiteres sofort ein. Dazu ist

Wir finanzieren den Mittelstand.

Nutzen Sie das Sparkassen-Finanzkonzept für Firmenkunden.



Managen Sie Ihre Finanzen mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung für jedes Anliegen: von Investitionsfinanzierung mit Sparkassen-Leasing über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung. Testen Sie uns! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

allerdings ein konsequentes Überprüfen der Zahlungseingänge extrem wichtig, da sonst der Sinn der Maßnahme verpufft.

Geldquelle Nr. 3: Factoring

Wer die Zeit und die Mühe für ein Forderungsmanagement scheut, kann seine offenen Rechnungen an ein Factoring-Unternehmen abtreten. Dadurch hat man sofort und sicher sein Geld auf dem Konto. „Heutzutage ist Factoring kein Signal mehr, dass es einem Unternehmen wirtschaftlich schlecht geht, sondern ein gängiges Finanzierungsinstrument“, erklärt Doris Andresen-Zöphel. Zunehmend werden von den Factoring-Unternehmen auch kleinere Rechnungssummen akzeptiert, die Kosten hängen von der Factoringgesellschaft und dem Vertragstyp ab. „Bei Liquiditätsengpässen kann Factoring günstiger als ein Kontokorrentkredit sein, dies muss man im Einzelfall durchrechnen“, so die Expertin.

„Bei Liquiditätsengpässen kann Factoring günstiger als ein Kontokorrentkredit sein, dies muss man im Einzelfall durchrechnen“

Geldquelle Nr. 4: Zahlungsziele und Skonti

„Sofern die Liquidität ausreicht, sollte man alle Skonti konsequent ziehen, denn billigeres Geld gibt es nicht“, erklärt Doris Andresen-Zöphel. Auch wenn die Einsparmöglichkeiten auf den ersten Blick oft gering erscheinen - über das ganze Jahr gerechnet, summieren sie sich zu hohen Beträgen. Bei der Zinsbetrachtung wird das Ganze noch wesentlich dramatischer. Dazu ein gängiges Beispiel: „Bei Zahlung innerhalb von 8 Tagen gewähren wir zwei Prozent Skonto, bis 30 Tage netto Kasse.“ Das klingt nicht unbedingt bombastisch, aber der Schein trügt: Der Preisaufschlag für die spätere Zahlung sind letztlich die Zinsen, die der Lieferant verlangt, weil er länger auf sein Geld wartet. „Im Beispiel entspricht der Mehrbetrag einem effektiven Jahreszinssatz von über 33 Prozent“, erklärt die Expertin. „Da kann es manchmal sogar wirtschaftlicher sein, zur Nutzung von Skonto den Kontokorrentkredit zu nutzen, der oft bis zu 20 Prozent effektivem Jahreszins hat.“

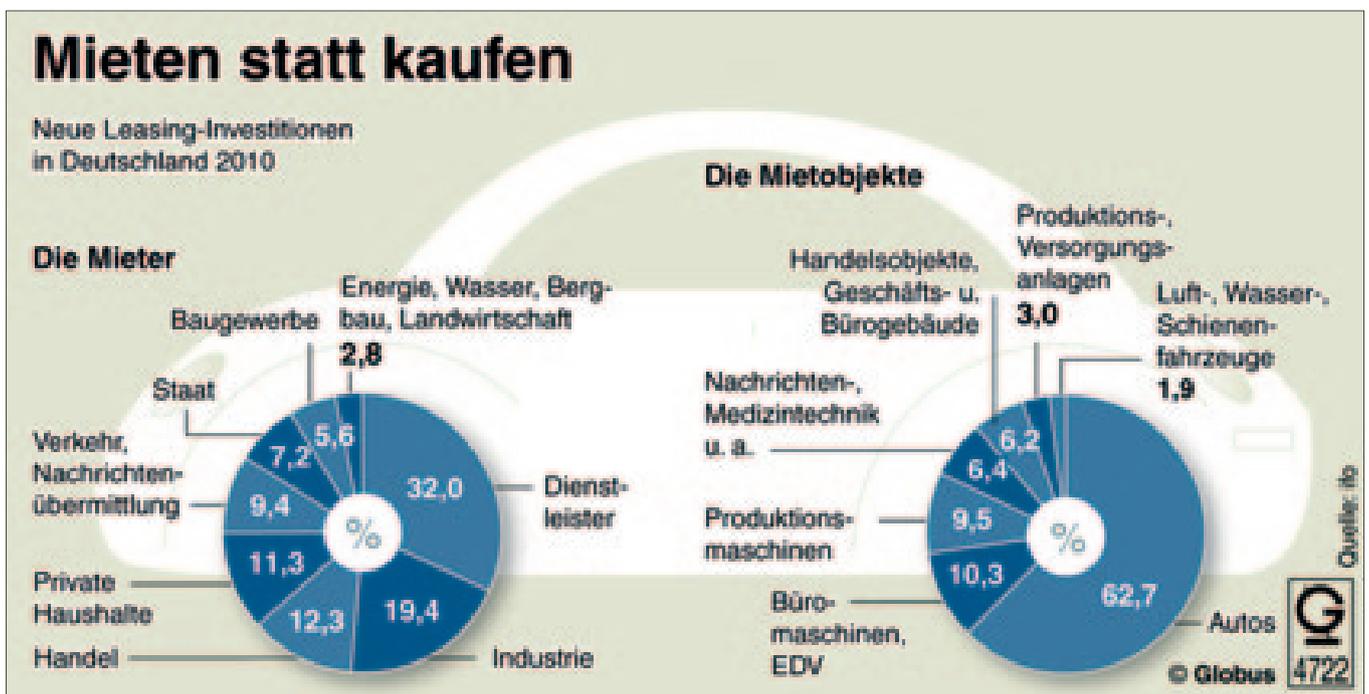
Gewährt der Lieferant kein Skonto, kann man die Zahlungsziele natürlich ausnutzen. Übertreiben sollte man es

„Sofern die Liquidität ausreicht, sollte man alle Skonti konsequent ziehen, denn billigeres Geld gibt es nicht“

dabei allerdings nicht, da die Zinsen für kurzfristige Geldanlagen auf Tagesgeldkonten und ähnlichem derzeit im Keller sind. Wer immer pünktlich überweist, kann dagegen oft längere Zahlungsziele aushandeln. Damit hat man einen Sicherheitspuffer, falls es finanziell doch einmal eng werden sollte. „Auch wenn die Liquidität einmal sehr knapp ist, sollte man spätestens nach der ersten Mahnung zahlen, um seinen guten Ruf nicht zu gefährden“, rät die Expertin.

Geldquelle Nr. 5: Leasen statt kaufen

Durch Leasing hat man grundsätzlich mehr Liquidität im Unternehmen als bei einem Kauf, da kein Kapital gebunden wird. Hauptargument für das Leasing ist meist, dass sich die gesamte Rate gewinnmindernd und damit steuersenkend, auswirkt. Beim Kauf dagegen kann man nur eventuelle Zinsen sofort gewinnmindernd als Aufwand verbuchen, den Wert des



Investitionsgutes dagegen muss man entsprechend den Vorgaben des Finanzamtes abschreiben. Im Vergleich zur Fremdfinanzierung bietet Leasing zudem mehr Kalkulations-sicherheit, da der Restwert bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Un-erwartete Wertverluste beim späteren Verkauf, wie sie beispielsweise bei Fahrzeugen gerne vorkommen, sind dadurch unwahrscheinlicher. „Häufig

„Häufig wird aus Gewohnheit gekauft, auch wenn das betriebswirtschaftlich nicht immer sinnvoll ist, deshalb sollte man immer auch prüfen, ob Leasing günstiger ist“

wird aus Gewohnheit gekauft, auch wenn das betriebswirtschaftlich nicht immer sinnvoll ist“, sagt die Controllerin. „Deshalb sollte man immer auch prüfen, ob Leasing günstiger ist.“ Speziell im Bereich IT rät die Expertin aufgrund der schnellen technischen Entwicklung häufig zu Leasing-Lösungen. Oft unterschätzt werden ihrer Erfahrung nach auch die laufenden Kosten, etwa von Immobilien oder anderen Objekten. Je nach Einzelfall kann Sale-and-Lease-back dann die günstigere Alternative sein. Außerdem spült der Verkauf teurer Güter wie beispielsweise einer Immobilie natürlich sofort einen größeren Betrag in die Unternehmenskasse.



Foto: Iris Terzka

Controllingberaterin **Doris Andresen-Zöphel**

50 JAHRE LEASING

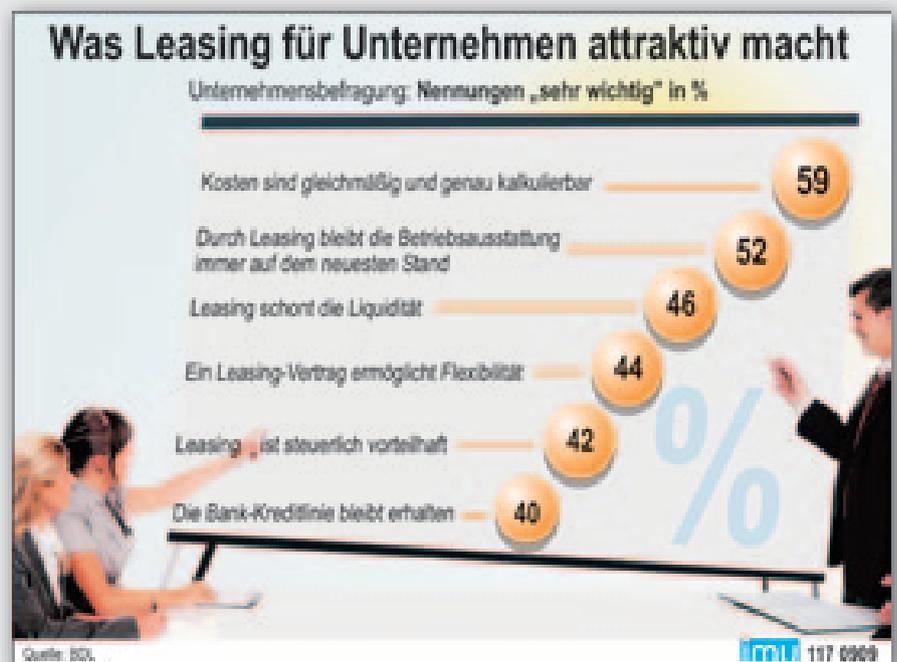
Heute eine Selbstverständlichkeit

Wie vieles in den Boomjahren, kam auch das Leasing aus den USA zu uns. Vor 50 Jahren wurde die erste Leasinggesellschaft in Deutschland gegründet. In den ersten Jahren setzte sich diese neue Idee allerdings nur zögerlich durch: 1969 wurden für gerade mal 600 Millionen DM neue Verträge abgeschlossen, die Leasingquote betrug schlappe 0,6 Prozent. Der Durchbruch kam in den 1970er Jahren: In diesem Jahrzehnt wurden wichtige Grundlagen für die steuerliche Behandlung des Leasing gelegt, und das Neugeschäft verneunfachte sich - zunächst vor allem bei den Großunternehmen. In den 1980er Jahren setzte sich Leasing auch im Mittelstand zunehmend durch.

Die Branche stellte sich mit eigenen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten und der Gründung eines wissenschaftlichen Forschungsinstitutes immer professioneller auf. 1990 lag die Leasingquote bei 11,7 Prozent. In den 1990er Jahren gab die Wiedervereinigung der Branche einen Schub. Die Leasing-Quote stieg weiter, allerdings

langsamer: Im Jahr 2000 lag sie bei 15,4 Prozent, beim Mobilien-Leasing sogar bei 19,3 Prozent. Seit 2008 stehen die Leasinggesellschaften unter der Finanzmarktaufsicht, 2009 brach das Neugeschäft wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise um 23 Prozent ein. Die Krise sorgte aber auch dafür, dass

Leasing für immer mehr Unternehmen erste Wahl bei der Realisierung von Investitionen wird. Im Jahr 2011 betrug die Leasingquote 21,8 Prozent, das Neugeschäft wuchs um sieben Prozent, im Mobilien-Leasing sogar um zwölf Prozent.



Der Unternehmens-Check mit 10 Fragen

Es gilt im Kleinen wie im Großen: Wer seine Kunden und deren Wünsche und Erwartungen nicht kennt, wird schnell vom Markt verschwinden

Von Hans-Jürgen Borchardt

Wer die Wettbewerbsfähigkeit seines Unternehmens mit zehn Fragen überprüfen will, hat ein Problem: die Auswahl und damit auch die Reihenfolge der Fragen. Deshalb muss zunächst die Frage beantwortet werden, welche Fakten die „Zukunftsfähigkeit“ des Unternehmens in besonderem Maße beeinflussen. Aufgrund meiner Erfahrungen wähle ich folgende Reihenfolge:

1 Ist Ihr Unternehmen finanziell „gesund“?

„Geld kann man nicht genug haben“, das klingt zwar kapitalistisch, aber wenn Sie davon zu wenig haben, beginnt der Stress und oft der Anfang vom Ende. Wenn Sie keine finanziellen Reserven haben, leben Sie von der Hand in den Mund. Das schränkt Sie täglich in Ihren Entscheidungen und Handlungen ein. Sie können nicht das machen, was das Beste wäre, sondern Sie müssen das machen, was finanziell (gerade noch) möglich ist. Außerdem dürfen Sie sich in dieser Situation keine Fehler erlauben, und die Schwierigkeiten bei größeren Zahlungsausfällen sind automatisch programmiert.

Wenn Sie Existenzgründer sind, ist die Frage der Finanzierung das A + O. Viele aussichtsreiche Unternehmensgründungen scheiterten nur deshalb, weil die Gründer keine finanziellen Reserven eingeplant hatten, denn wer mit (zu) wenig Eigenkapital startet, kann selbst kleinste Krisen nicht überbrücken.

2 Führen Sie Ihr Unternehmen kundenorientiert?

Sie wissen: „Der Kunde ist König“. Nur er bezahlt Sie und Ihre Mitarbeiter. Wenn er ausbleibt, ist Schluss. Sie wissen das sehr genau, aber behandeln Sie Ihre Kunden auch immer so? Sie wissen, dass die Wünsche Ihrer Kunden im Mittelpunkt Ihres Denkens und Handelns stehen sollen, aber setzen Sie dieses Wissen auch täglich in der Praxis um? Führen Sie Ihren Betrieb so, dass Sie diese Fragen mit „ja“ beantworten können?

Nur wenn die Kunden für sich feststellen, dass Sie und Ihre Mitarbeiter bemüht sind, ihre Wünsche und Vorstellungen zu erfüllen, werden sie zu Stammkunden und Empfehler für Ihren Betrieb. Deshalb beeinflusst die Kundenorientierung das Unternehmen stärker, als oft vermutet wird.

3 Ist Ihr Angebot so attraktiv, dass es Nachfrage erzeugt?

Wenn Sie sich die Standardfrage stellen: „Ist mein Angebot wettbewerbsfähig?“ ist das nicht ausreichend. Ein wettbewerbsfähiges Angebot ist nur „wettbewerbsidentisch“. Wenn Sie Ihre Konkurrenten überflügeln wollen, müssen Sie fragen: „Wo und wie muss ich mein Angebot so verbessern, dass ich besser bin als meine Wettbewerber?“

Die Attraktivität Ihres Angebots steuert die Nachfrage. Dabei spielt es keine Rolle, ob es eng begrenzt oder breit gefächert ist. Je geringer die Attraktivität ist, desto größer ist der Aufwand, den Sie betreiben müssen, um Nachfrage zu erzeugen. Deshalb ist die permanente Optimierung des eigenen Angebots eine „pausenlose“ Dauerleistung die Sie erbringen müssen, wenn Ihr Angebot attraktiv bleiben soll.

Darin eingeschlossen ist auch die Frage: „Differenzieren Sie sich ausreichend von Ihren Wettbewerbern, d. h. erfüllen Sie die AAA-Regel (Anders Als Andere)?“ Vergessen Sie nicht, je eigenständiger Ihr Angebot ist, desto konkreter wird es „wahrgenommen“.

4 Sorgen Sie für ausreichende Bekanntheit?

Viele Unternehmer vergessen, dass Interessenten nur die Unternehmen berücksichtigen bzw. zu einem Angebot auffordern können, die ihnen bekannt sind.

Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihren Betrieb durch Werbung und Aktionen im Bewusstsein der Zielgruppen verankern. Egal ob Tage der offenen Tür, Internet- oder Social-Media-Aktionen, wechselnde Magnetschilder auf dem Firmenwagen, begrenzte Sonderangebote, PR- oder Sponsoring-Maßnahmen, Gutscheinaktionen etc., Sie haben viele Möglichkeiten, Ihre Leistungen positiv darzustellen.

5 Sind Ihre Mitarbeiter Unternehmensbotschafter?

Ihre Mitarbeiter sind die Nahtstelle zwischen dem Unternehmen und den Kunden. Sie sind in einem hohen Maße für das Image und die Akzeptanz Ihres Betriebes mitverantwortlich – und das auf zweifache Weise. Einmal durch ihre Qualifikation/Kompetenz und zum anderen durch ihr Verhalten. Beide Qualifikationen können Sie beeinflussen bzw. bestimmen.

Die Qualifikation bzw. Kompetenz bestimmen Sie durch die Auswahl der Bewerber oder durch die eigene Aus- und Weiterbildung, die Sie Ihren Mitarbeitern bieten. Bedenken Sie, dass der positive Eindruck dem Betrieb und nur selten den Mitarbeitern zugeordnet wird.

Die Führung und die Zusammenarbeit miteinander werden durch Ihr Verhalten vorgegeben. Es liegt ausschließlich an Ihrem Führungsstil, ob sich Ihre Mitarbeiter als „Befehlsempfänger“ oder als mitgestaltende Teammitglieder fühlen.

6 Ist die Organisation Ihres Betriebes den Anforderungen angepasst?

Die Unternehmensorganisation hat viele Facetten. Gewöhnlich ist die Organisation der Arbeitsabläufe gut geregelt. Im administrativen Bereich jedoch hapert es oft. Der Grund liegt häufig darin, dass dieser Teilbereich als weniger wichtig betrachtet wird. Ferner ist es vielfach auch so, dass es für die administrativen Aufgaben keine konkreten Vorgaben und Verhaltensregeln gibt.

Die Rechnungen werden zu spät geschrieben und gemahnt, die Kunden werden bei Veränderungen nicht rechtzeitig benachrichtigt, die Ersatzteil- und Materialvorhaltung stimmt nicht, der Informationsfluss untereinander hakt. Die Liste der Versäumnisse ist oft lang.

Wenn Sie bei sich das eine oder andere Defizit entdecken, müssen Sie klare und eindeutige Regeln und Vorgaben erstellen, damit alle Beteiligten genau wissen, wann sie was wie tun müssen.

7 Ist Ihr Betrieb für die zukünftigen Anforderungen gut aufgestellt?

Von Konfuzius soll die Aussage stammen: „Sorge Dich nicht um die Ernte, sondern um die Bestellung der Felder.“ Damit ist gesagt, wenn Sie sich heute mit den Aufgaben und möglichen Problemen von morgen beschäftigen, werden Sie diese vorausschauend lösen. Sie müssen nicht Ihren Wettbewerbern hinterher hecheln, sondern Sie können die vorhandenen Zukunftsoptionen für sich nutzen.

Nehmen Sie sich immer wieder mal eine halbe Stunde Zeit und beschäftigen Sie sich mit der Zukunft, am besten gemeinsam mit Ihren Mitarbeitern. Ideal wäre, wenn Sie einmal im Monat einen bestimmten Termin festlegen und dann über alles sprechen was man besser machen sollte. Die Fragen und Diskussionen über die Zukunft ergeben sich dabei automatisch.

8 Beobachten Sie die Marktentwicklungen und den Wettbewerb?

Diese Frage bezieht sich zwar nicht direkt auf den Betrieb, ist aber in diesem Kontext wichtig, damit Sie Entwicklungen und Veränderungen rechtzeitig erkennen und entsprechend reagieren können. Nur wer sich anbahnende Veränderungen rechtzeitig erkennt, kann diese zu seinem Vorteil nutzen, bzw. entstehende Nachteile vermeiden. Vergessen Sie nie: agieren ist besser als reagieren.

9 Nutzen Sie die Möglichkeiten, die im Servicebereich vorhanden sind?

Die Möglichkeiten, die im Service liegen, werden oft verkannt. Manchmal wird der Service sogar als lästiges Übel und nicht als eine Chance der Kundenbindung und der Umsatzausweitung gesehen. Es kommt immer wieder vor, dass Unternehmer jegliches Interesse am Kunden verlieren, wenn der Auftrag abgeschlossen ist. Der Kunde muss für sich feststellen, dass er nach Beendigung des Auftrages seinen Reiz verloren hat. Denken Sie darüber nach, wie Sie die bestehenden Verbindungen zu Ihren Kunden ausbauen könnten. Diskutieren Sie sowohl mit Ihren Kunden als auch mit Ihren Mitarbeitern, welche Erweiterungen oder Modernisierungen für die Kunden sinnvoll wären.

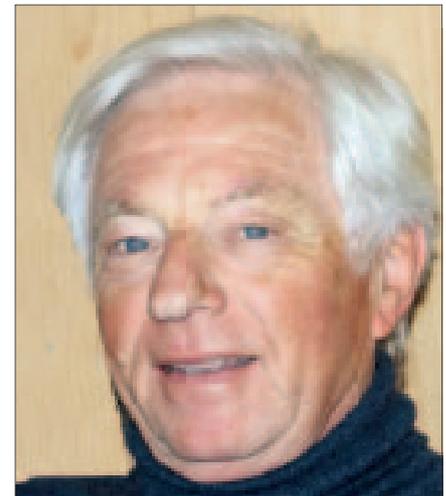
10 Entspricht Ihre Maschinen- und Geräteausstattung dem technischen Standard?

Manche Betriebe verlieren auf Dauer ihre Wettbewerbsfähigkeit, weil die Maschinen und Geräte langsam aber sicher veralten. Wenn dann

eines Tages die Überalterung eingetreten ist, ist es schwer, alles auf einmal zu ersetzen. Oft fehlen dann die finanziellen Mittel, um die notwendige Modernisierung zu erreichen. Deshalb ist es sinnvoll, die notwendigen Neuanschaffungen nicht „auf die lange Bank zu schieben“. Überlegen Sie von Zeit zu Zeit mit Ihren Mitarbeitern, mit welchen neuen Geräten und Werkzeugen Sie Ihre Arbeitsergebnisse verbessern und verkürzen können.

Fazit

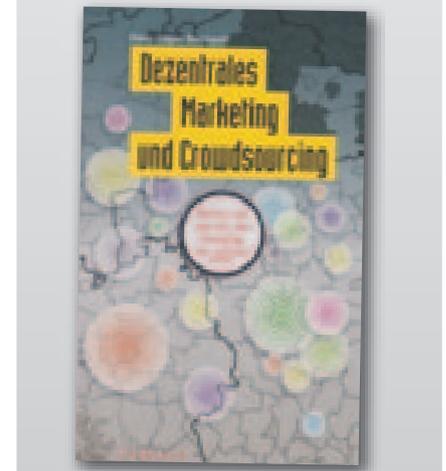
Wer sein Unternehmen von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand stellt, wird immer wieder neue Möglichkeiten zu Verbesserungen finden. Für diese Grundfragen benötigen Sie keinen Berater. Das können Sie selbst mit Ihren Mitarbeitern.



Hans-Jürgen Borchardt ist erfolgreicher Buchautor

In seinem soeben erschienenen neuen Buch „Dezentrales Marketing und Crowdsourcing“ zeigt der Autor seinen Lesern auf, welche Elemente des Marketings in den nächsten Jahren relevant sein werden.

Gebunden, 188 S., 27,90 Euro, Publicis Verlag, ISBN 978-3-89578-413-2



DIE REHA IST EIN RENTENRETTER

Die Erwerbstätigen finanzieren mit ihren Versicherungsbeiträgen die Rentenzahlungen. Steigen sie, müssen die Erwerbstätigen höhere Beiträge zahlen. Wenn die Erwerbstätigen wegen schwacher Geburtsjahrgänge weniger werden, müssen sie ebenfalls höhere Beiträge bezahlen oder die Rentner müssen Kürzungen hinnehmen. Wir erleben aktuell das Entstehen dieses Konfliktes, weil die schwachen Geburtsjahrgänge ins Berufsleben einsteigen und die Erwerbstätigen länger im Job bleiben müssen, damit den Rentnern ein angemessener Lebensstandard erhalten bleibt.

Wer rettet nun diesen Standard? Dies kann nur die Reha schaffen! Denn mit ihr kann der Beginn des Ruhestandes verschoben werden. Mit der Reha kann die Lebensarbeitszeit erweitert werden, ohne dass ihr Einsatz mehr Geld erfordert. Denn die Ausgaben für die Rehabilitation refinanzieren sich selbst, weil ihre Rettungsleistung darin besteht, dass sie den Eintritt ins Rentenalter verschieben kann. Da den Betroffenen die Arbeitskraft erhalten bleibt, beanspruchen sie keine Rentenzahlung und leisten weiterhin die Beiträge zur Rentenversicherung. Jeder Euro, der für die Rehabilitation eingesetzt wird, schlägt sich mit einem nachgewiesenen Leistungsbeitrag von fünf Euro in den Rentenkassen nieder. Deshalb sind Reha-Leistungen keine Verbrauchsausgaben, sondern Investitionen.

Die Rentenversicherung sollte über diese Investitionen selbst entscheiden können und nicht über eine ferngesteuerte Budgetfestlegung des Sozialministeriums kurzgehalten werden. Wenn das gegenwärtige Organisationsmodell jedoch beibehalten werden soll, müsste wenigstens der Handlungsspielraum für die Rentenversicherungsträger über ein vergrößertes Budget erhöht werden. Frau von der Leyen sollte mit dem Lebensleistungsanererkennungsgesetz bei der Reha nicht mauern, sondern gestalten lassen und sich für eine Budgeterhöhung einsetzen. Dann können die Versicherten die notwendigen Reha-Leistungen nach Bedarf und nicht nach Kassenlage erhalten. Die soziale Marktwirtschaft verlangt Spielräume und transparente Rechenschaft über die Nutzung dieser Handlungsspielräume. Dann bleibt auch sie gesund, zur Freude von Ludwig Erhard und seinen Freunden.

Dr. Wolfgang Spang



Wolfgang Spang ist Hotel- und Klinik-Unternehmer in Überlingen am Bodensee

DIE EIGENTÜMERVERSAMMLUNG

Streiten bis der Richter kommt?

Sie gelten nach wie vor als sichere Geldanlage – die Rede ist von Immobilien. Auch das mietfreie Wohnen im Alter ist ein zusätzlicher Anreiz zum Erwerb der eigenen vier Wände. Aber nicht jeder kann seinen Wunsch vom uneingeschränkten Eigentum in Form des eigenen Hauses verwirklichen. Hierfür hat der Gesetzgeber bereits 1951 die Möglichkeit von Wohnungseigentum geschaffen. Dabei ist ein reibungsloses Miteinander der unterschiedlichen Bewohner unter einem Dach keinesfalls selbstverständlich. Und selbst in innerhalb der Eigentümergemeinschaft bestimmen oftmals Streitigkeiten zwischen den Beteiligten die Tagesordnung der Eigentümerversammlung. Um dies zu vermeiden, empfehlen Fachleute, dass sich die Eigentümer umfassend und frühzeitig über den Ablauf ihrer Eigentümerversammlung informieren.

Die Versammlung ist nur dann beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Miteigentumsanteile in der vertreten ist. Maßgeblich ist dabei die im Grundbuch eingetragene Größe dieser Anteile. Der Gegenstand der Beschlussfassung muss in der Einladung bezeichnet werden. Ferner sind Anträge von Eigentümern in die Tagesordnung aufzunehmen. Das Stimmrecht der Eigentümer ist unmittelbar mit dem Eigentum verbunden. Nach dem gesetzlichen Kopfprinzip hat jeder Wohnungseigentümer eine Stimme, unabhängig von der Größe seines Miteigentumsanteils und der Anzahl der ihm gehörenden Wohnungen. Durch Vereinbarung, insbesondere in der Teilungserklärung, kann dieses Prinzip durch einen einstimmigen Beschluss aller Eigentümer jedoch abgeändert werden.

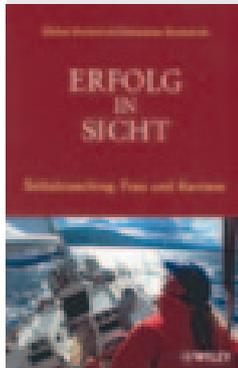
Die Versammlungen sind grundsätzlich nicht öffentlich. Selbst wenn die Gemeinschaftsordnung die Teilnahme Dritter an den Eigentümerversammlungen ausgeschlossen ist, können per Geschäftsordnungsbeschluss aber auch Dritte (Berater, Rechtsanwälte) zur Teilnahme an der Versammlung zugelassen werden. Über die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll anzufertigen. Ferner ist der Verwalter zur Führung einer Beschlusssammlung verpflichtet. Darin sind die Beschlüsse der Eigentümergemeinschaft mit Ihrem Wortlaut, dem Ort und Datum der Beschlussfassung sowie gerichtliche Entscheidungen mit Ihrer Urteilsformel einzutragen. Die Eintragungen haben unverzüglich nach der Versammlung zu erfolgen. Zunehmend ist festzustellen, dass immer weniger Eigentümer Ihre Interessen in den Eigentümerversammlungen selbst wahrnehmen.

Josef Huber, Starnberg

BÜCHER

Erfolg in Sicht

B. und S. Rockstroh
Broschur, 250 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-527-50630-9
Wiley Verlag



Das Buch will Frauen dabei unterstützen, ihr weibliches Führungsverhalten zu hinterfragen und zu optimieren. Für Frauen, die ihre Karriere gerade aufbauen, aus der Familienphase ins Berufsleben zurückkehren oder ihre Position bereits gesichert haben: Das Buch kann für sie alle ein Spiegel und persönlicher Ratgeber sein.

Handgemacht

Langenscheidt/ May
Geb., 300 S., 78,- Euro
ISBN 978-3-86936-349-3
Gabal Verlag

Florian Langenscheidt, seit langem bekannt für außergewöhnliche Buchprojekte, stellt in diesem Band 100 beispielhafte deutsche Manufakturen in Wort und Bild vor. Das liest sich alle sehr schön und schaut auch teuer aus, was aber fehlt, ist die Distanz. Wer vermutet, dass sich da einzelne Firmen gegen Bezahlung feiern lassen, liegt wahrscheinlich richtig.

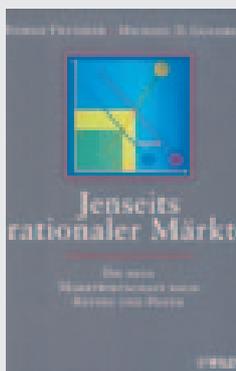
Bank- und Börsenkrise

Otto Deutelmöser
Broschur, 100 S., 14,80 Euro
ISBN 978-3-89850-223-8
Verlag Hohenheim

Der Bäcker alter Schule (Commerzbank, Handelsbank und Baden-Württembergische Bank) weist den Vorwurf, die „Gier der Banker“ sei Ursache für die Krise, überzeugend zurück. Seine Meinung, oftmals überaus konträr zu den uns immer wieder von der Politik als „alternativlos“ dargestellten Maßnahmen, will der Autor als Diskussionsbeitrag verstanden wissen, um weiteren Schaden von den Steuerzahlern abzuwenden.

**Jenseits rationaler Märkte**

Frydman/ Goldberg
Geb., 282 S., 34,90 Euro
ISBN 978-3-527-50665-1
Wiley Verlag



Frydman und Goldberg, die beiden Autoren, glauben nicht an die Rationalität der Märkte und haben deshalb ein neues Erklärungsmodell für Marktveränderungen entwickelt: die „Ökonomie des unvollkommenen

Wissens“. Diese Theorie soll es ermöglichen, Reformvorschläge und einen neuen Handlungsrahmen für staatliche Regelungen zu entwickeln mit dem Ziel, rechtzeitig auf den Finanzmärkten einzugreifen. Na, wenn das mal nicht schon zu spät ist ...

Das Günter-Prinzip für einen fitten Körper

Broschur, 220 S., 19,90 Euro
ISBN 978-3-86936-328-8
Gabal Verlag

Der Autor Stefan Frädriich, Experte für erfolgreiche Selbstmotivation, lässt seinen „Schweinehund Günter“ unbequeme Wahrheiten vermitteln: wie man gutgelaunt fit wird, wie man weniger isst und trinkt oder wie man ohne dubiose Pillen und Ersatzdrogen von heute auf morgen und ganz easy aufhören kann zu rauchen. Aber bleibt man dabei auch schlank und gut gelaunt? Das Buch hat auch darauf eine Antwort.

Prinzip kostenlos

Kerstin Hoffmann
Geb., 248 S., 24,90 Euro
ISBN 978-3-527-50671-2
Wiley Verlag



Die Autorin als Kommunikationsexpertin zeigt, wie man mit dem „Prinzip kostenlos“ zu mehr Bekanntheit und zu neuen Kunden gelangt, vor allem im Internet, aber auch über klassische Wege. Hier und dort werden die Erwartungen ein wenig zu hoch geschraubt,

denn gerade in der Kommunikationsbranche ist die Schwelle für kostenlose PR deutlich höher geworden. In Zeiten, in denen die Anzeigenerlöse zurückgehen, geben sich die Medien immer zugeknöpfter, was den Abdruck von nicht bezahlten PR-Artikeln und Pressemeldungen angeht.

Mr. Amazon

R. L. Brandt
Geb., 200 S., 24,99 Euro
Ambition Verlag
ISBN 978-3-942821-11-7



Was steckt hinter dem Phänomen Amazon? Wer ist der Architekt hinter dem größten Online-Händler der Welt? Nur wenige kennen die Person den Erfolgen und der Marktmacht dieses Unternehmens – den Macher und genialen

Strategen Jeff Bezos. Dieses Buch zeichnet ein faszinierendes Bild seiner Persönlichkeit.

Duden

Das Wörterbuch der Synonyme
Broschur, 336 S., 11,99 Euro
ISBN 978-3-411-74482-4

Diese zweite, aktualisierte Auflage des Synonym-Wörterbuchs enthält über 400 neue Stichwörter aus der Alltagssprache wie Sechserpack (auch Sixpack oder Herrenhandtasche) oder Sonnenbank, die gerne auch Sonnenliege, Assi-Toaster oder Münz-Mallorca genannt wird.

AUTO-TEST

NEUER LUXUS AUS FERNOST

INFINITI drängt auf den europäischen Markt



Dynamische Optik mit kraftvollem Auftritt und perfekter Verarbeitung: das Infiniti G Coupé

Ein dynamisches Äußeres und sportliche Fahrleistungen gepaart mit überzeugender Alltagstauglichkeit und dem exklusiven VIP-Kundenservice von Infiniti – so spricht das G Coupé von Japans jüngster Luxusautomarke das Herz ebenso an wie den Verstand. Kunden haben die Wahl zwischen fünf leistungsstarken V6-Versionen mit einer umfangreichen Serienausstattung.

Auf einen Blick

- Dynamische Optik mit kraftvollem Auftritt und perfekter Verarbeitung
- Ein fahrerorientiertes Cockpit mit liebevoll gearbeiteten Details – und ausreichend Platz im Fond
- Allseits gelobtes Connectiviti-Navigationssystem in den neuen Premium Versionen mit Komplettausstattung serienmäßig
- Dynamisches Handling dank Frontmotor-/Heckantrieb-Auslegung
- Aktive Allradlenkung beim sportlichen S serienmäßig
- Kraftvoller 3,7-Liter V6-Motor mit 235 kW (320 PS), wahlweise mit Sechsgang-Schaltgetriebe oder adaptivem Siebenstufen-Automatikgetriebe
- 250 km/h Spitze, 0-100 km/h in 5,8 Sek., 10,6l/100 km (kombiniert), 248 g/km CO₂
- Hohes Maß an passiver Sicherheit, inklusive Pop-up-Motorhaube
- VIP-Kundenservice „Total Ownership Experience“, inklusive kostenlosem Hol- und Bringdienst

Das Infiniti G Coupé bildet zusammen mit zwei weiteren V6-Modellen – der G Limousine und dem G Cabrio mit elektrisch versenkbarem Hardtop – die G Reihe, mit der Infiniti einen

weiteren wichtigen Meilenstein bei der geplanten Eroberung des europäischen Marktes setzt.

Trotz seiner japanischen Wurzeln hat sich Infiniti größte Mühe gegeben, das G Coupé auf europäische Geschmäcker abzustimmen – einen betont sportlichen Auspuffsound eingeschlossen. Alle G Coupés verfügen serienmäßig über Bi-Xenon-Scheinwerfer mit dem Adaptivem Kurvenlicht (Adaptive Frontlight System AFS) von Infiniti, das automatisch dem Einschlag der Vorderräder folgt und so Kurven optimal ausleuchtet. Dieses technische Highlight gibt es im G Coupé ohne Aufpreis serienmäßig. Ebenfalls serienmäßig ist die kratzfeste Lackierung, diese gibt es nur bei Infiniti. Das Geheimnis des einzigartigen „Scratch Shield“-Lack von Infiniti besteht in einem Deckanstrich, dem ein extrem elastisches Harz beigemischt ist. Dieses macht den Lack wesentlich flexibler und führt dazu, dass ein Wagen mit „Scratch Shield“-Lackierung unter gleichen Bedingungen bis zu fünfmal weniger Kratzer aufweist als ein herkömmlich lackierter Wagen.

Fazit

Die Aufpreisliste für das G Coupé ist, verglichen mit Wettbewerbern, zwar recht kurz, enthält dafür aber hauptsächlich technologisch modernste Systeme. Eine Siebenstufen-Automatik mit Adaptive Shift Control (ASC) inklusive Magnesium-Schaltwippen am Lenkrad ist für alle Coupé-Versionen erhältlich. Ein chices, handliches, knuffiges Auto für die Unternehmergattin, das nicht ganz billig, aber mit 46.000,- Euro seinen Preis durchaus Wert ist. Pensionierte Generäle und Chefredakteure müssen es ihren Frauen ja nicht unbedingt kaufen.

Günter F. Kohl

Mit dem Volkswagen CC debütierte vor vier Jahren das erste viertürige Coupé der 30.000- bis 40.000-Euro-Klasse. Aus der Nische entwickelte sich schnell ein Segment: Bis heute entschieden sich rund um den Globus nahezu 270.000 Menschen für die Limousine mit der Linienführung eines Sportwagens. Es sind Autofahrer, die den Charme eines Coupés lieben, aber den Platz für mindestens vier Personen und vier Türen schätzen. Jetzt präsentiert Volkswagen ein technisches und optisches Update des Business-Fahrzeugs, das mehr dem Phaeton als dem Passat ähnelt.

Das Design des perfektionierten Volkswagen CC schlägt mit einer neu gestalteten Front- und Heckpartie noch souveräner eine Brücke in die automobilen Oberklasse. Exklusiver wurde auch die deutlich erweiterte Serienausstattung, die jetzt unter anderem neu konzipierte Bi-Xenon Scheinwerfer, statisches Abbiegelicht sowie ebenfalls neu entworfene LED-Rückleuchten beinhaltet. Genauso serienmäßig: die Müdigkeitserkennung, das Radio-CD-System RCD 310, Edelstahl-Einstiegsleisten und Sicherheitskopfstützen mit zusätzlicher Längseinstellung (vorn).

Darüber hinaus halten in den Volkswagen CC neue Assistenzsysteme Einzug. Hierzu zählen optionale Technologien wie der bei Volkswagen erstmals eingesetzte Side Assist Plus inklusive Lane Assist (warnt vor Fahrzeugen im toten Winkel und unterstützt den Fahrer via Lenkeingriff, einen Unfall zu vermeiden), der im Volkswagen CC neue Dynamic Light Assist (automatische Fernlichtregulierung) und die kamerabasierte Verkehrszeichenerkennung. Den Komfort optimiert indes ein Klimasitz mit integrierter Massagefunktion.

Angetrieben wird der Volkswagen CC von innovativen Benzin- und Dieseldirekteinspritzern; alle Diesel

DER CC SCHLÄGT BRÜCKE IN DIE OBERKLASSE „Junior-Phaeton“ auf dem Weg nach oben



(TDI) sind serienmäßig mit einem Start-Stopp-System und Rekuperationsmodus (Bremsenergieerückgewinnung) ausgerüstet. Sämtliche Benziner verfügen ebenfalls über die Rekuperationsfunktion. Die TDI leisten 103 kW / 140 PS und 125 kW / 170 PS. Sportliche 118 kW / 160 PS, 155 kW / 210 PS und 220 kW / 300 PS entwickeln die Benzinmotoren der europäischen CC-Versionen. Sämtliche Motoren gehen effizient zu Werke. Paradebeispiel: der 140-PS-TDI. Er verbraucht in Kombination mit manuellem 6-Gang-Getriebe lediglich 4,7 l/100 km.

Günter F. Kohl

Der in Emden produzierte VW CC kann sich durchaus mit süddeutschen Premiummarken messen



TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH

SO SIEHT EIN GUTES STÜCK ARBEIT AUS.

Erleben Sie beste Qualität mit bester Ausstattung.

Im neuen Avensis mit Businesspaket und Toyota Touch&Go™-System wird jede Dienstfahrt zum Vergnügen: Audio- und Navigationssystem, integrierte Rückfahrkamera und Bluetooth®-Freisprecheinrichtung sorgen für höchsten Multimedia-Komfort. Kraftstoffverbrauch von kombiniert/außerorts/innerorts: 6,7-4,6/5,6-4,0/8,7-5,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 173-120 g/km. Buchen Sie jetzt Ihre Probefahrt unter Telefon +49 (0) 22 34/1 02 21 10.

Leasingrate ab mtl. **280€***

* Unser Mittelstandsleasingangebot¹ für den Avensis Combi, 1,8-l-Valvematic mit 6-Gang-Schaltgetriebe, Leasingsonderzahlung 0,00 €, Laufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 60.000 km.

¹ Ein Angebot der Toyota Leasing GmbH für gewerbliche Kunden ab einem Fahrzeug im Bestand. Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 30.09.2012. Auf Basis der unverbindlichen Preisempfehlung der Toyota Deutschland GmbH per Mai 2012 exkl. MwSt. und Überführung.

Das Ausspannen von Kunden ist Wettbewerb

BGH; Urteil vom 24.11.2011; I ZR 154/10

Jeder verklagt jeden. Es wird so viel abgemahnt wie selten zuvor. Hinter jeder Werbemaßnahme wird vom Mitbewerber etwas unzulässiges vermutet. So kann es einem manchmal vorkommen, wenn man die Terminrollen auf den Gerichtsfluren studiert. Geradezu aufmunternd lesen sich da Urteile, in denen dem freien Wettbewerb das Wort geredet wird.

Ein Taxi- und ein Mietwagenunternehmen streiten sich um eine Anzeige im Telefonbuch. Der Mietwagenunternehmer hatte direkt unter dem Buchstaben „T“ eine Anzeige seiner Firma „Mietwagen M...“ geschaltet. Das Taxiunternehmen sieht darin eine unlautere Werbung, da so gezielt Taxikunden abgefangen werden. Darüber hinaus kann die Werbung zu einer Verwechslung mit dem Taxiverkehr führen.

Nachdem die erste Instanz dem Taxiunternehmen noch Recht gegeben hat, sieht das der Bundesgerichtshof völlig anders. Eine Verwechslungsgefahr besteht nicht. Der Anzeigenkunde firmiert ausdrücklich unter „Mietwagen M.“ und nicht als Taxibetrieb. Die Positionierung der Anzeige direkt unter dem Buchstaben „T“ führt nicht zu einer anderen Beurteilung durch das Gericht. Die Rubrik „Taxi“ befindet sich in einem deutlichen Abstand zur Anzeige. Kunden haben keinen Anlass, die Anzeige dem Taxigewerbe zuzuordnen. Der BGH weist wie auch in früheren Entscheidungen noch einmal deutlich auf Folgendes hin: Das Eindringen in einen fremden Kundenkreis und das Ausspannen sowie Abfangen von Kunden gehören grundsätzlich zum Wesen des Wettbewerbs. Man darf nur nicht unangemessen auf Kunden einwirken, die bereits dem Wettbewerber zuzurechnen sind.

Wenn Kosten aus dem Ruder laufen

OLG Frankfurt a.M.; Urteil vom 15.12.2011; 12 U 71/10

Das Kostenschätzung und tatsächliche Kosten nicht unbedingt dasselbe sind, weiß man nicht erst seit der Berichterstattung über die Elbphilharmonie in Hamburg. Spannend wird es bei der Frage, wer für die Mehrkosten haftet.

Das Oberlandesgericht Frankfurt hatte einen Fall auf dem Richtertisch, bei dem die Architekten die Baukosten für ein Patio-

AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

Haus im Rahmen ihrer Planungen mit rund 107.000 EUR ermittelt hatten. Die Baumaßnahme wurde begonnen, aber nicht zu Ende geführt. Die voraussichtlichen Kosten wurden später von den Architekten mit ca. 178.287 EUR angegeben.

Das Gericht stellte fest, dass die Architekten erheblich gegen ihre Verpflichtung verstoßen haben, in den jeweiligen Leistungsphasen die voraussichtlichen Kosten zu ermitteln und fortzuschreiben. Die Architekten wussten genau um die besondere Finanzierungssituation beim Bauherren. Deshalb liegt ein Beratungsfehler vor, wenn die Architekten durch die sehr niedrige anfängliche Kostenschätzung den Bauherren zur Umsetzung ermuntert haben.

Da die Kostenkontrolle im laufenden Planungsprozess durch die Architekten unterblieben ist, hatte der Bauherr mangels Beratung durch die Architekten keine Möglichkeit mehr, rechtzeitig einzuschreiten. Er konnte kostenmäßig nicht mehr gegensteuern, da die Bauaufträge zwischenzeitlich vergeben waren. Die Gerichte werden den genauen Betrag, den die Architekten als Schadensersatz zu zahlen haben, nun in einem gesonderten Verfahren feststellen.

Der Verbraucher und die Frage nach dem „wer bin ich?“

BGH; Urteil vom 09.11.2011; I ZR 123/10

Verbraucher unterliegen einem anderen rechtlichen Schutz als ein Unternehmer oder ein Gewerbebetrieb. Dass ist allgemein bekannt und auch richtig. So müssen Verbraucher in besonderer Weise bei besonderen Geschäften über ihr mögliches Widerrufsrecht belehrt werden. Diese Belehrungen geben immer wieder Anlass zum Streit, erstaunlicherweise oftmals zwischen Unternehmen und nicht mit dem Kunden. Die Firmen mahnen sich mit der Behauptung ab, die fragliche Widerrufs-

belehrung sei wettbewerbsrechtlich nicht zulässig.

So war es auch in dem vom Bundesgerichtshof zu entscheidenden Fall. Eine Firma begann ihre im Internet veröffentlichte Belehrung mit dem Satz „Verbraucher haben das folgende Widerrufsrecht:“. Nach Auffassung des abmahnenden Unternehmens lässt diese Formulierung den Leser im Unklaren darüber, ob er selbst als Verbraucher anzusehen ist oder nicht.

Der Bundesgerichtshof sieht in der Formulierung jedoch keinen abmahnwürdigen Gesetzesverstoß. Die Widerrufsbelehrung enthielt nach der zitierten Überschrift den Wortlaut der Musterbelehrung. Durch die Überschrift verliert die Belehrung nichts an Klarheit und Deutlichkeit. Im Übrigen hat der Unternehmer nicht zu prüfen, ob die Adressaten der Widerrufsbelehrung Verbraucher oder Unternehmer sind. Er haftet auch nicht, wenn eine Verbraucher sich irrtümlich nicht für einen Verbraucher hält. Seine Aufgabe ist es nur, eine klare Belehrung über das Widerrufsrecht zur Verfügung zu stellen.

Umsatzsteuer gibt es erst bei Umsatz

OLG Hamm; Urteil vom 08.03.2012; 24 U 148/10

Nicht immer wird bei Vorliegen eines Schadens dieser auch beseitigt. Dieses gilt beim Autounfall ebenso wie bei einem Schaden im Rahmen eines Hausbaus. Wird der Schaden nicht behoben, muss der Geschädigte auch keine Umsatzsteuer auf eigentlich durchzuführende Reparaturarbeiten zahlen. Konsequenterweise braucht der Schädiger ihm diese dann auch nicht zu erstatten.

Im Verkehrsrecht ist dieser Grundsatz seit Langem anerkannt. Das OLG Hamm hat dessen Gültigkeit nun auch im Baurecht festgestellt. Nach Fertigstellung der Rohbauarbeiten hatte sich auf der Baustelle herausgestellt, dass die Kellerwände undicht sind. Der Bauherr lässt die Mängelbeseitigungskosten durch ein Gutachten feststellen und klagt den Schadensbetrag dann ein, ohne die Arbeiten ausführen zu lassen.

Das OLG spricht ihm die Umsatzsteuer nicht zu. Es wäre eine „Überkompensation“, wenn der Bauherr auch die Umsatzsteuer erhält, ohne dass diese tatsächlich von ihm zu zahlen ist. Wenn er die Arbeiten später ausführen lässt, kann er die Steuer von dem Schädiger nachfordern.

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unser Leser Armin H. ist Geschäftsführer eines Automobilhandels. Einer seiner Mitarbeiter ist vor kurzem ausgeschieden und verlangt nun eine Arbeitszeugnis. Unser Leser möchte wissen, wie der aktuelle Stand beim so genannten Zeugnis-Code ist.

Das eigentlich gar nicht so schwere Erstellen eines Zeugnisses ist inzwischen leider eine Wissenschaft für sich geworden. Die Fachzeitschriften sind voll mit den neuesten erlaubten oder nicht erlaubten Formulierungen. Die Arbeitsgerichte müssen sich immer wieder mit Formulierungen und Floskeln beschäftigen. Und

diverse Rechtsanwälte bieten im Internet auf ihren Kanzleiseiten ausführliche Formulierungshilfen an.

Tatsächlich kann nur davon abgeraten werden, eine Arbeitszeugnis ähnlich einem Schulzeugnis zu formulieren. Aber es sollte mit dem Arbeitnehmer immer auch über die Bedeutung des Zeugnisses für diesen gesprochen werden. Hat der Arbeitnehmer bereits eine neue Anstellung, so genügt ihm oft auch nur eine kurze Bestätigung des Arbeitsverhältnisses. Ist man im Streit auseinander gegangen, so ist neuer Streit über das Zeugnis bereits vorprogrammiert. Dann ist schon vor der Erstellung des Zeugnisses der Gang zum Fachanwalt für Arbeitsrecht dringend anzuraten. So kann vielleicht einen zeitraubenden Prozess vor dem Arbeitsgericht verhindert werden.

Zwei Beispiele aus der jüngeren Rechtsprechung zeigen, wie breit gefächert das Problem ist:

Immer wieder brandet Streit über die Schlussformulierung im Arbeitszeugnis auf. Nach Information der Arbeitsgemeinschaft Arbeitsrecht im DAV hat das Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg in einer Entscheidung vom 3. Februar 2011 klargestellt: Eine positive Schlussformel gehört nicht zum gesetzlich geschuldeten Teil des Arbeitszeugnisses. Ein Arbeitnehmer hat daher keinen einklagbaren Anspruch auf eine solche Formulierung.

Der Arbeitgeber hatte das Zeugnis beendet mit der Formulierung „Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute“. Der Arbeitnehmer war damit nicht zufrieden und verlangte die Formulierung: „Wir bedanken uns für die langjährige Zusammenarbeit und wünschen ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.“ Er begründete dieses damit, dass eine fehlende oder unzureichende „Wunschformel“ ein gutes Arbeitszeugnis entwertete.

Vor dem Arbeitsgericht hatte der Arbeitnehmer keinen Erfolg. Ein Arbeitszeugnis darf natürlich keine „geheimen“ Merkmale enthalten. Der Leser soll aus dem Text nicht schließen können, dass

der Arbeitgeber sich vom Wortlaut des Zeugnistextes distanzieren. Dies gilt aber nur für den gesetzlich festgelegten Teil eines Zeugnisses, nicht für Schlussätze. Diese könnten etwa die objektiven Zeugnisaussagen etwa über die Leistung des Arbeitnehmers und die Angaben zum Grund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bestätigen oder relativieren, so das Arbeitsgericht. Sie müssen daher mit dem übrigen Zeugnisinhalt in Einklang stehen. Positive Schlussätze erhöht die Bewerbungschancen des Arbeitnehmers. Ein Zeugnis werde durch sie also aufgewertet. Daraus lasse sich aber nicht im Umkehrschluss folgern, ein Zeugnis ohne jede Schlussformulierung werde in unzulässiger Weise „entwertet“. Das Arbeitsgericht spricht dem Arbeitgeber eine Gestaltungsfreiheit beim Abfassen eines Arbeitszeugnisses zu. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob er das Zeugnis um Schlussätze anreichert.

In einem anderen „Zeugnis-Fall“ entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) ebenfalls für den Arbeitgeber. Der Arbeitnehmer hatte sich gegen die Formulierung in seinem Arbeitszeugnis gewandt, wonach man ihn „als sehr interessierten und hoch motivierten Mitarbeiter kennen gelernt“ habe. Angeblich soll der Arbeitgeber durch diese Klausel den Eindruck erweckt haben, dass genau das Gegenteil seiner Aussage zutrefte. Das BAG sah das ganz anders. Die Formulierung verstößt nicht gegen den Grundsatz der Zeugnisklarheit. Sie war in ein durchweg gutes Zeugnis eingebettet. Nach Ansicht der Richter wird daher gerade nicht der Eindruck erweckt, dass in Wahrheit dem Arbeitnehmer Desinteresse und fehlende Motivation bescheinigt werden sollen. Für diese Erkenntnis waren immerhin drei Instanzen notwendig! Die wenigen Beispiele zeigen bereits, dass aus eigentlich völlig unverfänglichen und gut gemeinten Formulierungen heftiger Streit und jahrelange Prozesse entstehen können. Nur eine gute Beratung kann da helfen.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

INTERVIEW

„Viele können die PKV-Beiträge kaum noch bezahlen“

Jens Spahn, gesundheitspolitischer Sprecher der Unions-Fraktion, möchte die Trennung von GKV und PKV aufheben

Was wird denn nun aus den Kassenüberschüssen? Der Mittelstand erwartet eine Rückerstattung an die, die die Beiträge gezahlt haben.

Jens Spahn: Für den Mittelstand war die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrags durch die unionsgeführte Bundesregierung ein großer Fortschritt. Künftige Kostensteigerungen aufgrund des medizinischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung werden lohnunabhängig über den Zusatzbeitrag finanziert, die Einnahmen der Krankenkassen sind unabhängig von der Konjunktur. Aber: Krankenkassen sind keine Sparkassen. Deshalb fordern wir seit Monaten die Kassen auf, die Überschüsse als Prämien den Versicherten zurückzugeben. Das sehen einige Kassen offensichtlich immer noch anders. Dabei wären Prämien für die Versicherten der beste Beweis, dass eine Kasse gut gewirtschaftet hat. Wenn die Kassen das Instrument weiterhin so zurückhaltend nutzen, müssen wir über eine gesetzliche Regelung nachdenken.

Sie wollen einen „einheitlichen Versicherungsmarkt“ und die strikte Trennung von Gesetzlicher (GKV) und Privater (PKV) Krankenversicherung aufweichen. Warum?

Spahn: Wir erkennen, dass beide Systeme vor vergleichbaren Problemen stehen. Hierzu gehören die Kosten des medizinischen Fortschritts und die Steigerung der Lebenserwartung. Viele in der PKV, etwa Pensionäre oder auch Mini-Selbstständige, können ihre Beiträge kaum noch bezahlen. Zudem gibt es eine Reihe von PKV-internen Problemen, wie Provisionsexzessen, Lockangebote für Junge und Gesunde oder un-

durchsichtige Tarifikalkulationen. Auf Dauer ist es daher notwendig, einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um für alle Bürger einen bezahlbaren und ausreichenden Krankenversicherungsschutz zu erhalten. Das sieht übrigens der Bundesvorstand der MIT auch so, denn er hat schon vor einiger Zeit ein ähnliches Konzept verabschiedet. Entscheidend ist, dass wir anders als die Linken Wettbewerb im Gesundheitswesen wollen, einen Wettbewerb um Preis und Qualität.

Wo liegen die Probleme der PKV?

Spahn: Das System wurde nie an die sich ändernden Bedingungen in Gänze

angepasst. Hier besteht aus meiner Sicht Nachholbedarf. Anders als viele denken, ist die große Mehrheit der privat Versicherten ja nicht reich oder Großverdiener. Im Gegenteil: Die meisten sind Beamte, Pensionäre oder auch kleine Selbstständige, von denen offenbar immer mehr mit der Zahlung ihrer Beiträge überfordert sind. Auch sind die Leistungen der PKV – je nachdem, welchen Vertrag Sie abgeschlossen haben – nicht immer auf GKV-Niveau, geschweige denn grundsätzlich besser. Da lassen sich viele auch von den kurzen Wartezeiten beim Arzt blenden. Dieser Irrglaube erfordert verstärkte Aufklärung und neue Instrumente.

Viele Mittelständler sind privat versichert - was raten Sie ihnen?

Spahn: Das ist eine sehr individuelle Frage. Jeder, der sich für die PKV entschieden hat, hat das ja aus guten Gründen getan. Für viele kann es in und mit der PKV gut laufen. Aber vor allem kleinere Selbstständige oder Mittelständler, bei denen es gerade mal nicht so gut läuft, können sich den einmal gewählten Tarif oft irgendwann nicht mehr leisten. Der erste Schritt sollte immer sein, das Versicherungsunternehmen zu kontaktieren und zu schauen, ob ein Wechsel in einen anderen Tarif möglich ist, eventuell auch in den 2009 geschaffenen Basis-tarif, der eine Sozialklausel beinhaltet.

Und was raten Sie der PKV, um den Anschluss nicht zu verpassen?

Spahn: Sie sollte nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern sich den Problemen aufgeschlossen und aktiv stellen.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Jens Spahn, MdB, CDU/CSU

Bankkaufmann, Politologe
Geboren am 16. Mai 1980 in Ahaus
römisch-katholisch
1999 Abitur; 2001 Bankkaufmann
Studium der Politik- und Rechtswissenschaften, 2008 Bachelor of Arts (B.A.)
Seit 1997 Mitglied der CDU, seit 2005 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Borken
Mitglied des Bundestages seit 2002
2005 - 2009 Obmann der CDU/CSU im Gesundheitsausschusses des Bundestages
Seit 2009 Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Jens Spahn ist Mitglied der MIT

Ramsauer Gast beim Mittelstandstag der MU Niederbayern

Über 100 Gäste kamen zum 5. Mittelstandstag der MU Niederbayern. Als Ehrengast sprach der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer. Zudem konnte der niederbayerische Bezirksvorsitzende Peter Erl neben Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer, Barthl Kalb und dem Bezirksmeister der KFZ-Innung Niederbayern Dr. Christian Moser zahlreiche Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden und Kammern begrüßen.

Erl stellte in seiner Begrüßung die zentrale Rolle des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft in den Vordergrund. Zudem freute er sich über die Zusage Ramsauers, dass bei der steuerlichen Absetzbarkeit der energetischen Sanierung von Altbauten ein Kompromiss unmittelbar bevor steht. Franz-Xaver Hirtreiter, Geschäftsführer der gastgebenden AVP-Autogruppe, freute sich über den hohen Besuch in seinem Haus.

Ramsauer ging in seiner Rede auf die aktuellen Herausforderungen für sein Ressort ein. Insbesondere bei der Finanzierung der Straßen betonte er die Wichtigkeit einer nachhaltigen Finanzierung, beispielsweise durch die Pkw-Maut: „Gute Autos brauchen gute Straßen, da sind wir als Politik in der Pflicht. Wir wollen Mobilität erzeugen und nicht wie die Opposition Mobilität verhindern.“ Auch beim Donausausbau stellte Ramsauer seine Priorität klar. „Die Variante, die das höchstmögliche Verkehrsaufkommen bewältigen kann, ist die beste. Und das ist meines Wissens nach die Variante C280“, erklärte Ramsauer.



(v.l.n.r.): Andreas Scheuer, Christian Moser, Bürgermeister von Deggendorf, Peter Erl, Peter Ramsauer, Franz-Xaver Hirtreiter

Moralisierung des politischen Lebens

Auf Einladung der JU und der MU München hat der Journalist und Autor Jan Fleischhauer einen Vortrag zum Thema „Unter LINKEN – Moralisierung des politischen Lebens“ gehalten. Das Interesse an dieser Veranstaltung war überwältigend. Fast 200 und insbesondere junge Zuhörer kamen ins Münchner Künstlerhaus am Lenbachplatz. Fleischhauer machte anhand von unterschiedlichen Beispielen deutlich, wie politische Sachentscheidungen von Linken moralisch aufgeladen werden. Beispielhaft erläuterte er dies an dem Verhältnis von Linken zu Fast-Food-Ketten, deren Essen obligatorisch abgelehnt werde, obwohl die Qualität häufig besser sei als der Backfisch von der Pommesbude nebenan. Thomas Schmatz, der Bezirksvorsitzende der MU München, freute sich über den großen Erfolg der gemeinsamen Veranstaltung.



Auf dem Bild: Thomas Schmatz (Vorsitzender MU München), Stephan Pilsinger (Mitglied JU Bezirksvorstand), Jan Fleischhauer (Journalist und Autor), Günther Westner (Vorsitzender JU München)



China

selbst erleben ...

9 Tage durch Südostchina

Die Expo-Region Shanghai eröffnet Ihnen fantastische Einblicke in die Welt Südostchinas. Nirgendwo in China wird heute schneller gedacht, gelebt und schneller Geld verdient als in Shanghai. Dass lebendige Tradition und super modernes Ambiente sich nicht ausschließen, erleben Sie auf unserer Reise zwischen Shanghai, Hangzhou und Suzhou hautnah. Machen Sie sich ein Bild von Chinas Wirtschaftskraft.

- ☯ Shanghai zwischen kolonialer Tradition und Postmoderne, Firmenbesichtigungen und Treffen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung
- ☯ Wasserstadt Zhujiajiao & die 2500 Jahre alte Stadt Suzhou – beide gern mit Venedig verglichen – nur ein wenig idyllischer und ruhiger, Zentrum der Seidenfabrikation mit Besichtigung
- ☯ Stadt Hangzhou – das Paradies auf Erden, perfekt restaurierte Altstadt, subtropische Parkanlagen, Bootsfahrt auf dem malerischen Westsee (UNESCO Weltkulturerbe), Teeplantage mit Drachenbrunnen – Teezeremonie, buddhistische Pagode der Sechs Harmonien, Lingyin Kloster
- ☯ Nonstop-Flug mit Lufthansa & dt. Reisebegleitung Frankfurt – Shanghai – Frankfurt; Übernachtungen in 4 Sterne Hotels Puxi New Century Shanghai & Best Western Hangzhou; Mahlzeiten gemäß Reiseverlauf; Kofferservice; örtliche Reiseleitung; Veranstalter FTI Touristik GmbH München

Termin: 25.02. bis 05.03 2013

Preis: ab 1.489 Euro

Einzelzimmerzuschlag: 205 Euro, LH-Zubringerflug, Zug zum Flug & Zuschlag Businessclass auf Anfrage

**Informationen,
Buchung und
Beratung:**

Tel: 0361 - 55 08 325

Fax: 0361 - 55 08 326

buchung@fantastictravel.de

**Reisebüro
fantastictravel**

99084 Erfurt

Meienbergstraße 6

www.fantastictravel.de

Ministerpräsident Seehofer zu Gast bei MU Tirschenreuth

Insbesondere die Frage, wie zukünftig die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur aussehen wird, standen im Mittelpunkt eines Gesprächs mit Ministerpräsident Horst Seehofer. So trugen Leonhard Zintl, Kreisvorsitzender der Mittelstandsunion und sein

Stellvertreter Stefan Prechtl dieses Anliegen des Mittelstandes vor und überreichten ein entsprechendes Schreiben, in dem alle Fakten für den Erhalt der Förderung aufgliedert waren. Der Ministerpräsident sicherte seine Unterstützung zu.



Unser Foto zeigt von links MP Horst Seehofer, Tobias Reis, MdL, Leonhard Zintl, Stefan Prechtl

MU Cham diskutierte über Ethik und Moral in der Wirtschaft

Bei einem Vortrag der MU Cham referierte der evangelische Dekan Walter Kotschenreuther über einen verantwortungsvollen Umgang miteinander im Wirtschaftsleben. „Die christliche Soziallehre ist kein bloßes Beiwerk, sondern ein notwendiges Widerlager der freien Marktwirtschaft. Unsere Gesellschaft kann nur durch den Einsatz aller Wirtschaftsakteure für das Gemeinwohl zukunftsfähig bleiben“, so eine seiner Kernthesen. Zu der interessanten

Gesprächsrunde im Gasthaus „Käsbauer“ begrüßte die MU-Kreisvorsitzende Ingrid Weindl unter den Gästen auch Ex-MdB Klaus Hofbauer, Vizelandrat Fritz Winklmann und Ehrenkreishandwerksmeister Werner Irnstetter. Kotschenreuther formulierte die Grundsatzfrage der Wirtschaftsethik so: Was ist wichtiger – Kapitalrendite oder Humanvermögen? Fazit des Kirchenmannes: Ökonomische Vernunft und christliche Lebensorientierung bedingen einander.



Auf unserem Foto diskutiert Walter Kotschenreuther (2. v. r.) mit der Mittelstands-Union um die Kreisvorsitzende Ingrid Weindl (3. v. r.)

Mittelstands- und Frauenunion München-Land in Straßburg



Gute Stimmung im Europäischen Parlament in Straßburg bei der Fahrt von MU und FU

Organisiert wurde die Reise vom MU-Kreisvorsitzenden Rudolf Denzel, die Frauenunion schloss sich diesem Vorhaben an, und so entstand eine perfekte Gemeinschaftsaktion. Auf dem Programm standen zunächst eine Stadtführung durch Freiburg, eine Stadtbesichtigung in Straßburg sowie eine Schifffahrt auf der Ill. Am nächsten Morgen folgte die Gruppe einer Einladung des deutschen Generalkonsulats. Im Mittelpunkt der Diskussion mit Konsul Dr. Ulrich Hochschild standen u. a. das künftige Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland nach der Präsidentschaftswahl, die wirtschaftlichen Beziehungen sowie die wirtschaftliche Situation in Frankreich selbst. Diskutiert wurde auch mit der Europaabgeordneten für Oberbayern Dr. Angelika Niebler.

MIT warnt vor Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns

Die MIT fordert die CDU-geführten Landesregierungen auf, von einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns Abstand zu nehmen. Die thüringische Landesregierung hat beschlossen, einen Gesetzentwurf für einen bundesweiten Mindestlohn im Bundesrat einzubringen. Die Große Koalition im Saarland sympathisiert mit dem Vorstoß. Ziel der Initiative ist ein Mindestlohn für das gesamte Bundesgebiet, der für alle Branchen und Regionen gilt. Einen solchen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn lehnt die MIT entschieden ab.

In dem zehn Eckpunkte umfassenden Papier aus Thüringen heißt es: „Der allgemein verbindliche Mindestlohn soll bundeseinheitlich und für alle Branchen und Regionen gelten“. „Dabei wird vollständig übersehen, dass die Gegebenheiten innerhalb Deutschlands und in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich sind. Ein flächendeckender Mindestlohn, der die Eigenheiten von Branchen und Regionen missachtet, schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland“, betonte Jürgen Presser, stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender. Presser erinnerte daran, dass Sozial- und Wirtschaftsflügel der CDU auf dem Parteitag im November 2011 einen Konsens zum Mindestlohn beschlossen haben, der die Tarifpartner in die Pflicht nimmt und nach Branchen und Regionen differenzierte Löhne vorsieht. Auf dieser Basis erarbeitete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Regelung zu Lohnuntergrenzen, die von der MIT mitgetragen wurde.

Zukunft der Gemeindefinanzierung

Die MIT Unna hatte Richard Borgmann, den Bürgermeister der Stadt Lüdinghausen, zu Gast. Er ist Sprecher der 60 Städte und Gemeinden, die gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG 2011) Verfassungsbeschwerde eingelegt haben. Das GFG 2011 regelt die Verteilung der Zuweisungen des Landes NRW aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer an die Städte und Gemeinden vollkommen neu. Die klagenden Städte befürchten, dass es zu einer massiven Fehlverteilung der Finanzausgleichsmasse kommen wird.



Trafen sich zum Meinungsaustausch in Werne (v.l.n.r.): Michael Zawisch, MIT-Kreisvorsitzender Frank Murmann, Ina Scharrenbach, Richard Borgmann, Wilhelm Jasperneite und Kornelia Dithmer

Mittelstand im Geschwindigkeitsrausch

Die MIT Braunschweig besuchte kürzlich die KartCity AG in Braunschweig-Wenden. Die MIT-Kreisvorsitzende Sabine Campe begrüßte die Gäste und gratulierte Stefan Domeyer zum bevorstehenden 10-jährigen Bestehen des Braunschweiger Unternehmens. Sieben Tage die Woche arbeiten rund 18 Mitarbeiter für die Gäste von KartCity. Insgesamt 46 Karts mit je 32 Pferdestärken und einem Gewicht von 70 Kilogramm fahren mit mehr als 50 Stundenkilometern auf der modernen Indoor- und der Outdoor-Bahn.

Firmencheck für Mittelständler

Die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit Bundesministerin Ursula von Leyen nutzte der Vorsitzende der MIT Calw/Freudenstadt, Ulrich Kallfass, bei einem Besuch in Berlin. Auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärs Hans-Joachim Fuchtel fand das Gespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales statt. Die Ministerin informierte über die vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen des neustrukturierten Programms „Initiative neue Qualität der Arbeit“. Die Veränderungen in der globalen Wirtschaft und die Auswirkungen der Demographie berührten die kleinen und mittleren Firmen stark. Dies hob auch die Ministerin hervor. Im neuen Programm gebe es daher für diese Unternehmen einen „Firmencheck“, der es der einzelnen Firma erleichtere, auf Berater in den dafür geschaffenen Netzwerken zurückgreifen zu können.

MIT und MU in den sozialen Netzwerken

MIT

Internet: www.mittelstand-deutschland.de

facebook: www.facebook.com/MITbund

youtube: www.youtube.com/MITpodcast

twitter: www.twitter.com/MIT_bund

flickr:

www.flickr.com/mit-bundesgeschaeftsstelle

MU

Internet: www.mu-bayern.de

facebook:

www.facebook.com/mittelstandsunion

xing: www.xing.com/net/muby

flickr: www.flickr.com/photos/mu-bayern

facebook

twitter

flickr

XING

YouTube

VZ

myspace

LinkedIn

rss

blog

Mit Wachstum aus der Währungskrise

Die MIT Karlsruhe Stadt und ihr Vorsitzender Gregor Wick konnten kürzlich den Diplom-Volkswirt Jürgen Matthes vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln als Gastreferent gewinnen. Er sprach über den aktuellen Stand der Währungskrise. Über 60 Gäste, darunter Stadträte, CDU-Ortsvorsitzende und zahlreiche Mittelständler, waren der Einladung gefolgt. Der Gastreferent machte darauf aufmerksam, dass die Währungskrise bereits in der Mitte Europas angekommen sei. Er begrüßte, dass die bisherigen Hilfskredite an Griechenland mit Anforderungen verbunden

wurden, wie etwa die Vorgaben zur Arbeitsmarktliberalisierung. Weitere Reformen seien unabdingbar, wie etwa die Senkung der Gehälter, das Anheben des Renteneintrittsalters und die Kürzung von Urlaubstagen. Einig waren sich Referent und Diskutanten darüber, dass nur Wachstum aus der Krise herausführen könne. Allerdings wäre es der falsche Weg, Wachstum aus Steuergeldern und zu Lasten eines ansteigenden Schuldenberges anzustoßen. Denn gerade die Schuldenpolitik sei Ursprung der Währungskrise und müsse daher beendet werden.



Skeptisch blicken die Mittelständler auf die aktuelle Währungskrise (v.l.n.r.): Diethard Atzler, Volker Storm, Johannes Krug, Karl Heinz Joos, Marco Mossa, Inka Sarnow, Ursula Weber, Jürgen Matthes und Gregor Wick

Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit

Die Internationale Kommission des MIT-Bundesvorstands unter dem Vorsitz des stellv. MIT-Bundesvorsitzenden Frank Gotthardt und Bundesvorstandsmitglied Judith Helfmann-Hundack tagte auf ihrer Sitzung in Köln bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG). Bruno Wenn, Sprecher der DEG-Geschäftsführung, gab einen Einblick in die Aufgaben der

DEG und informierte gemeinsam mit Bertram Dreyer (Kompetenzcenter Privatwirtschaftsförderung der KfW Bankengruppe) über die Risikoabsicherung und Sicherheiten im Auslandsgeschäft. Im Rahmen der nächsten Sitzung soll ein Positionspapier der Internationalen Kommission zum Thema Kooperation von Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit fertiggestellt werden.



Eine kompetente Begleitung des Mittelstands bei Auslandsinvestitionen ist Grundlage für den Erfolg (v.l.n.r.): Judith Helfmann-Hundack, Bruno Wenn und Frank Gotthardt.

Partnerschaftlich verbunden



Die Landesvorstände der MIT Sachsen-Anhalt und der MIT Niedersachsen trafen sich kürzlich zu ihrer traditionellen Sitzung in der Landeshauptstadt Magdeburg. Die Vorsitzenden Klaus-Dieter Weber und Werner Lübbecke würdigten die enge und über 20-jährige Partnerschaft der beiden Landesverbände. Diese Zusammenarbeit ist mittlerweile einmalig. Im Rahmen einer gemeinsamen Vorstandssitzung wurde die Forderung auf Rücknahme der vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge erhoben. Weitere Themen der Vorstände waren der Mindestlohn, die Eurorettung und spezifische Landesthemen.

WILLKOMMEN IN DER MIT



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

Mit jedem neuen Mitglied in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU erhöht sich die Schlagkraft als Europas größte parteipolitische Vereinigung von der lokalen bis hin zur Bundesebene. An dieser Stelle präsentieren die erfolgreichsten Mitgliederwerber der MIT ihre Erfolgsrezepte.

Auf die persönliche Ansprache kommt es an!

Von Gerhard Bellinger,
Vorsitzender der MIT Fulda Süd

Ein aktiver Verband ist die Grundvoraussetzung

Für eine erfolgreiche Mitgliederwerbung muss der MIT-Verband aktiv, interessant und in der Öffentlichkeit präsent sein. Das gelingt durch mittelstandsrelevante politische Veranstaltungen, gegenseitige Betriebsbesuche und gesellschaftliche Aktivitäten wie etwa ein Sommer-Grillfest für die ganze Familie. Jede Veranstaltung muss so gut gelingen, dass sich die Mitglieder schon auf das nächste Treffen freuen.

Aktive Mitgliederwerbung

Die erfolgreichste Werbung ist die direkte Ansprache von interessanten Unternehmern in der Region. Hierzu kann man per E-Mail oder Telefon einen Termin vereinbaren oder einfach vorbei schauen. Zu diesen Terminen wird bei uns immer die MIT-Infobroschüre Fulda Süd mitgenommen. Im Gespräch mit den Unternehmern stellt man die Tätigkeiten der MIT und die Möglichkeiten der Mitgestaltung vor. Wichtig ist es, darauf einzugehen, warum man gerade den Gesprächspartner für die MIT gewinnen will.

Man hilft sich!

Neben dem gemeinsamen politischen Diskurs sollte der MIT-Verband auch jedes einzelne Mitglied unterstützen und fördern. Zum einen dient die MIT Fulda Süd vielen Unternehmern als vielversprechendes berufliches Netzwerk. Die Mitglieder erhalten die Möglichkeit, ihre Betriebe den Mitgliedern sowie der Öffentlichkeit vorzustellen. Zum anderen hilft die MIT Fulda Süd ihren Mitgliedern, sollten berufliche oder auch persönliche Probleme auftreten.



Der Vorstand der MIT Fulda Süd

Wer sich nicht bindet, bleibt allein!

Von Gregor Hoffmann
Vorsitzender der MIT Berlin Lichtenberg

Persönliche Ansprache gut vorbereiten

Um Mitglieder zu gewinnen, muss die persönliche Ansprache kontinuierlich erfolgen. Ein kurzes Vorstellungsgespräch allein wird nicht reichen. Wichtig ist die Präsenz bei Mittelständlern und in den Unternehmen vor Ort. Das erste Gespräch zur Kontaktaufnahme sollte gut vorbereitet sein. Die Auseinandersetzung mit dem Unternehmen und den Problemlagen der jeweiligen Branche bereits im Vorfeld ermöglicht eine ernsthafte Gesprächsgrundlage und verdeutlicht das Interesse.

Mitgliederwerbung – wie geht das?

Wir konzentrieren uns auf die Ansprache von möglichen Interessenten, die von unseren Mitgliedern vorgeschlagen werden oder die als Unternehmer in unserer Region tätig sind. Dabei greifen wir gern auf das Informationsmaterial der Bundesgeschäftsstelle zurück und publizieren zu besonderen regionalen Themen und Anlässen auch eigenständige Broschüren und Infomaterial. Wichtig ist, dass dieses Infomaterial einen klaren Überblick über die Positionen und Ziele der MIT gibt. Hinzu kommt eine regelmäßige Information über die Aktivitäten der MIT. Jeden Monat werden die anstehenden Veranstaltungen publiziert und die Mitglieder sowie potentielle Neumitglieder eingeladen. Ein aggressives Marketing, wie etwa die nervigen Anrufe oder überfallartige Vor-Ort-Besuche praktizieren wir nicht.

Ein gutes Argument für eine MIT-Mitgliedschaft

Die MIT Lichtenberg wirbt mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Zudem ist ein wichtiges Argument die Möglichkeit der direkten politischen Einflussnahme. Wichtig ist, immer wieder zu betonen: Gemeinschaft ist eine Größe. Wer sich nicht bindet, bleibt allein. Wer aber bei der MIT mitmacht, stärkt die Einflussmöglichkeiten. Und je mehr Mitglieder die MIT hat, umso größer ist der Machtfaktor, um Veränderungen durchzusetzen und Gehör zu finden.



Gregor Hoffmann
MIT-Kreisvorsitzender
in Berlin Lichtenberg

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Südhessen

Die Mitglieder der MIT Südhessen wählten den Bensheimer Kaufmann und Stadtrat Oliver Roeder in ihrer jüngsten Mitgliederversammlung für weitere zwei Jahre zu ihrem Bezirksvorsitzenden. Zudem wurden Feridun Bahadori, Ute Dupper, Dagmar Fischer-Neeb, Sabine Heuler, Horst Nawrath, Nicole Sauerwein-Pittich, Christa Schreiner, Wolfram Winkler und Andreas Zimmermann in den Vorstand gewählt. Der saarländische Minister Andreas Storm würdigte die aus seiner Sicht hervorragende Arbeit des Vorstandes in den beiden letzten Jahren. Storm ist der Amtsvorgänger von Roeder und heute Ehrenvorsitzender der MIT Südhessens.



MIT Hochsauerlandkreis

Die MIT Hochsauerlandkreis wählte Ulrich Klein zum Vorsitzenden. Vor der Vorstandswahl referierte der heimische Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Patrick Sensburg über die Krise an den Finanzmärkten und die Bedeutung des Euros für die deutsche Wirtschaft. Eine lebhafte Diskussion über diese und andere Themen schloss sich an. Weitere Mitglieder, die in den Vorstand gewählt wurden, sind: Eckhard Blome-Frekes, Hermann-J. Hoffe (Stellvertretender Vorsitzender), Matthias Kerkhoff MdL, Eva-Maria Pfitzner, Stefan Schenuit, Marcel Spork, Hubertus Winterhoff, Antje Wisotzky und Peter Wüllner.



Der neue Vorstand der MIT Hochsauerlandkreis

MIT Calw

Was tun gegen das digitale Vergessen? Zu diesem Thema hatte die MIT Calw/ Freudenstadt den Experten für Datenspeicherung und Vorstand der SYylex AG, Dr. Hartmut Richter nach Horb eingeladen. Er erläuterte verschiedene Strategien der Datensicherung und empfahl, relevante Daten nicht auf externen Servern zu lagern, sondern im eigenen Hause. Papier besitzt eine Lebensdauer von 400 Jahren, eine Festplatte nur von 5 Jahren. Eine zu erwartende Lebensdauer von 30 Jahren haben laut Dr. Richter Glas-Disks. Daher greifen insbesondere Archive, Museen, Behörden, Krankenhäuser und Unternehmen zunehmend zu dieser Variante. Aber auch für Privatpersonen kann es interessant sein zum Beispiel Bilder auf diese Art zu archivieren.

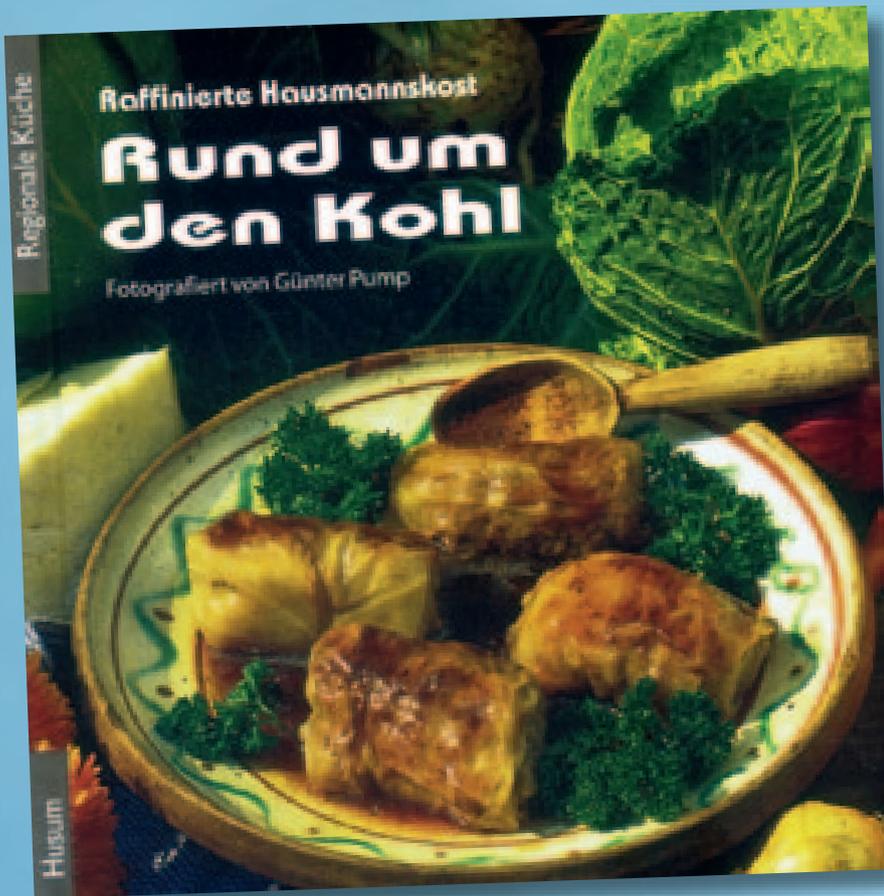
MIT Hessen

Die MIT Hessen war auf dem Landesparteitag der CDU Hessen in Darmstadt mit einer Initiative zur Entbürokratisierung erfolgreich. Der Landesparteitag beschloss auf Anregung der MIT, die Landesregierung zu bitten, im Bundesrat für eine Reduzierung von Aufbewahrungsfristen von Rechnungen und Belegen im Steuer-, Sozial- und Handelsrecht einzutreten. Zur Begründung erklärte der MIT-Landesvorsitzender Frank Hartmann, die bisherigen Grenzen seien zu lang und verursachten einen enormen Aufwand und damit Kosten. Eine Halbierung der Aufbewahrungsfristen auf fünf Jahre, wie sie die MIT fordere, führe zu einer Entlastung der Betriebe und Freiberufler von geschätzten 4 Mrd. EURO. Neben dieser finanziellen Einsparung habe der Antrag auch eine hohe Symbolkraft. Denn die Betriebe und Freiberufler spüren, dass die CDU es ernst meine mit der Entbürokratisierung.

MIT Stormarn

Bernd Hengst aus Glinde wurde einstimmig im Amt des Kreisvorsitzenden der MIT Stormarn bestätigt. Neuer Stellvertreter ist Stefan Dehs. Zum Schatzmeister wurde Uwe Rädisch und zu Beisitzern wurden Adalbert Fritz und Günter Hengelage gewählt.

KOHLDAMPF



Zeit für bodenständige Produkte und Raffiniertes aus der Sterneküche mit 40 verständlichen Rezepten zum einfachen Nachkochen Einkaufs-Tipps und Wissenswertes über die hohe Qualität unserer heimischen Produkte

In Zusammenarbeit mit dem

Sylt
MAGAZIN

Aufgeklebt auf eine Postkarte oder im Briefumschlag bitte senden an:

Verlag Sylt Magazin und die insel
24259 Westensee
Gärtnerkoppel 3

Bestellung

Ich bestelle ein Ex. des Buches *Rund um den Kohl* zum Preis von 10,- Euro inkl. Porto und Verpackung. (96 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen)

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ:

Wohnort:

Datum

Unterschrift:





BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

Sommerferien auch im politischen Berlin – die Baustelle lag still. Bundestag und Bundesrat und auch etliche Journalisten sind allerdings mittlerweile, jedenfalls teilweise, aus dem sicherlich wohlverdienten Urlaub zurückgekehrt. Die Top-Themen dieses Sommers, die europäische Verschuldensproblematik und die Energiewende, haben Politik und Journalisten natürlich auch im Urlaub nicht losgelassen. Also an sich Grund genug, um wieder auf die Baustelle zurückzukehren.

Die Landes- und Kreisverbände unserer MIT arbeiten an Sachthemen und bereiten sich auf die Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern vor. Auch hat die Debatte über das konservative Profil von CDU und CSU in den vergangenen Wochen an Schwung gewonnen – pointiert angetrieben von unserem Bundesvorsitzenden Josef Schlarmann (siehe Editorial auf Seite 3 dieser Ausgabe).

Natürlich wird in der Partei über den richtigen Kurs gestritten. So hat sich ein sogenannter „Berliner Kreis“ konstituiert – in dem sich Frauen und Männer aus der UNION zusammenfinden – die Ihre Unzufriedenheit mit dem Modernisierungskurs der Parteiführung verbindet. Sie nennen sich die „KONSERVATIVEN“. Natürlich versteht jeder unter diesem Begriff etwas anderes, eine einheitliche Definition fällt schwer. Ich bin unabhängig davon allerdings der Meinung, dass das Konservative als politischer Denkansatz oder als Lebensform seinen

Platz in der deutschen Politik unbedingt behalten sollte. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft ist dieser Begriff greifbarer denn je; wer ihn verneint, veralbert oder geringschätzt, verspielt politisches Kapital – wahrscheinlich sogar unwiederbringlich.

Wer, wie der Fraktionschef der Union im Bundestag, Volker Kauder – den ich bisher als einen Konservativen wahrgenommen habe, sagt, dass die CDU nie eine konservative Partei, sondern immer eine Volkspartei, unideologisch und dem einzelnen Menschen zugewandt, war, dann stimmt das sicherlich. Aber das Konservative ist neben dem christlichen, sozialen und liberalen Element seit jeher ein Pfeiler der Union. Sie sind gleichberechtigt und die Grundlage für den Erfolg und die prägende Kraft von CDU und CSU in den letzten Jahrzehnten – von „Jahren“ kann man in diesem Zusammenhang leider nicht sprechen. Schließlich hat die Vernachlässigung konservativer Werte bei dem letzten Dutzend Wahlen zu herben, ja demütigenden, Verlusten der Union geführt.

In Diskussionen mit Kollegen höre ich manchmal, dass die Konservativen heute längst ihren Frieden gemacht hätten mit vielen Dingen, die sie früher vehement abgelehnt haben: gleichgeschlechtliche Partnerschaften, moderner Sozialstaat, Familien heutiger Ausprägung, usw. Warum nicht? Ich halte es hier mit Franz-Josef Strauss, der gesagt hat: „Ein Konservativer des Jahres 1980 ist ein anderer als der Konservative des Jahres 1880, aber der Sozialist des Jahres 1980 ist der gleiche wie jener des Jahres 1880!“ Nach meiner festen Überzeugung hat er Recht!

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Lupo/pixelio

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V

KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

CW Niemeyer Druck GmbH
Böcklerstraße 13, 31789 Hameln

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.

Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)



GE Capital



Wir sind Geldgeber.
Wir sind Ratgeber.
Wir sind das **GE** in **GE**meinsam.

Man braucht mehr als Geld, um ein Unternehmen zum Erfolg zu führen. Deshalb bieten wir nicht nur maßgeschneiderte Lösungen in den Bereichen Leasing, Factoring und Fuhrparkmanagement: Als Teil eines der größten Technologiekonzerne der Welt unterstützen wir unsere Kunden auch mit Fachwissen und technischem Know-how aus erster Hand. Weltweit arbeitet GE in zahlreichen Industrien von Windenergie bis Medizintechnik – kein Wunder, dass wir die Anforderungen unserer Kunden oft besser verstehen als andere Finanzdienstleister.

Fragen Sie uns: kostenlos unter 0800 30 30 367 oder auf gecapital.de

Wir sind das **GE** in **GE**rmany.



GE imagination at work

NEU

Für alle Sylt-Liebhaber!



Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -
hinreißenden Fotos -
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler
und Komiker,
Prominentes und Provinzielles,
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin:
... für die Westentasche mit
Hundertern von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 3.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Ich bestelle das Sylt Magazin 2012

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

Bestellen Sie Ihr
persönliches Sylt Magazin
zur informativen und
stimmungsvollen Vorbereitung
auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee